



Raiffeisen CENTROBANK

*Wertpapier - Verkaufsprospekt
vom 12. Februar 2002
für*

Call / Put Optionsscheine XXX/XXX

*Unvollständiger Wertpapier-Verkaufsprospekt gemäß
§ 10 Verkaufsprospektgesetz*

Wertpapier-Verkaufsprospekt

vom 12. Februar 2002
Unvollständiger Wertpapier-Verkaufsprospekt
gemäß § 10 Wertpapierverkaufsprospektgesetz

RAIFFEISEN CENTROBANK Aktiengesellschaft,
Wien

jeweils bis zu XXXCall / Put Optionsscheine XXX/XXX
(WKN XXX, ISIN XXX); Ausübungspreis XXX; Ausübungsfrist XXX

bezogen auf den Kurs der ADRs/GDRs
der (Gesellschaft) WKN (XXX, ISIN XXX)
Bezugsverhältnis jeweils XXX

Optionsart: amerikanisch

Inhaltsverzeichnis

1.	Bestimmte Angebots- und Verkaufsbeschränkungen	2
2.	Informationen über Verlustrisiken bei Optionsscheinen.....	3
3.	Allgemeine Informationen	6
4.	Angaben über die Emittentin.....	9
Anhang 1	Optionsscheinbedingungen für ADRs.....	12
Anhang 2	Optionsscheinbedingungen für GDRs.....	17
Anhang 3	Jahresabschluss zum 31. Dezember 2000	22

1. Bestimmte Angebots- und Verkaufsbeschränkungen

Der Wertpapier-Verkaufsprospekt (im folgenden kurz: Prospekt) stellt kein Angebot dar und darf nicht zum Zwecke eines Angebots oder einer Aufforderung an Dritte, ein Angebot zu machen, genutzt werden, soweit ein derartiges Angebot oder eine derartige Aufforderung durch einschlägige Gesetze verboten oder im Hinblick auf den jeweiligen Adressaten des Angebotes oder der Aufforderung rechtlich unzulässig ist. Eine besondere Erlaubnis zum Angebot der Optionsscheine oder zum Verteilen des Prospektes in einer Rechtsordnung, in der eine Erlaubnis erforderlich ist, wurde nicht eingeholt.

Die Emittentin hat mit Ausnahme der Veröffentlichung und Hinterlegung des Prospektes keinerlei Maßnahmen ergriffen und wird keinerlei Maßnahmen ergreifen, um das öffentliche Angebot der Optionsscheine oder ihren Besitz oder den Vertrieb von Angebotsunterlagen in bezug auf Optionsscheine in irgendeiner Rechtsordnung zulässig zu machen, in der zu diesem Zweck besondere Maßnahmen ergriffen werden müssen. Optionsscheine dürfen innerhalb einer Rechtsordnung oder mit Ausgangspunkt in einer Rechtsordnung nur angeboten, verkauft oder geliefert werden, wenn dies gemäß den anwendbaren Gesetzen und anderen Rechtsvorschriften zulässig ist und der Emittentin keinerlei Verpflichtungen entstehen.

Die Optionsscheine sind Non-Commodities-Linked-Optionsscheine. Sie sind nicht gemäß dem United States Securities Act of 1933 (der „Securities Act“) registriert und dürfen zu keinem Zeitpunkt innerhalb der Vereinigten Staaten oder an oder für Rechnung oder zu Gunsten von US-Personen angeboten oder verkauft werden. Eine gegen diese Beschränkungen verstoßende Transaktion kann eine Verletzung des Rechts der Vereinigten Staaten darstellen. Die Optionsscheine werden fortlaufend angeboten. Dem gemäß kann das Angebot oder der Verkauf von Optionsscheinen innerhalb der Vereinigten Staaten oder an US-Personen durch einen Händler, unabhängig davon, ob er sich an dem Angebot beteiligt, zu jeder Zeit einen Verstoß gegen das Registrierungserfordernis gemäß Securities Act darstellen. Ferner ist es bei Ausübung der Optionsscheine erforderlich, eine Bestätigung abzugeben, dass kein US-wirtschaftliches Eigentum (non-US beneficial ownership) an den Optionsscheinen vorliegt. Die in diesem Absatz verwendeten Bezeichnungen haben die Bedeutung, die ihnen in Regulation S gemäß Securities Act beigelegt ist.

Alle Handlungen in bezug auf die Optionsscheine, soweit sie vom Vereinigten Königreich ausgehen oder anderweitig das Vereinigte Königreich betreffen, haben in Übereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen des Financial Services Act 1986 zu erfolgen. Jegliche im Zusammenhang mit der Ausgabe der Optionsscheine übermittelten Schriftstücke dürfen im Vereinigten Königreich nur weitergegeben werden, wenn der Empfänger die Voraussetzungen gemäß Artikel 9 (3) des Financial Services Act 1986 (Investment Advertisements) (Exemptions) Order 1988 erfüllt oder eine Person ist, an die solche Unterlagen in sonstiger Weise rechtmäßig aus- oder weitergegeben werden dürfen.

2. Informationen über Verlustrisiken bei Optionsscheinen

Allgemeine Risiken von Optionsscheinen

Optionsscheine sind besonders risikoreiche Instrumente der Vermögensanlage. Im Vergleich zu anderen Kapitalanlagen ist bei ihnen das Risiko von Verlusten – **bis hin zum Totalverlust des eingesetzten Kapitals einschließlich der aufgewendeten Transaktionskosten** – besonders hoch.

Wenn Sie die in diesem Prospekt beschriebenen Optionsscheine bezogen auf ADRs oder GDRs (der „Basiswert“) kaufen, erwerben Sie das Recht, von der Emittentin unter bestimmten Voraussetzungen die Zahlung eines Geldbetrags zu verlangen. Dieses Recht ist bei Call und Put Optionsscheinen unterschiedlich ausgestaltet: Während dieses Recht (nach genauerer Maßgabe der Optionsscheinbedingungen) bei Call Optionsscheinen davon abhängt, um welchen Betrag der maßgebliche Abrechnungskurs den Ausübungspreis am Bewertungstag überschreitet, kommt es bei Put Optionsscheinen auf den Betrag an, um den der maßgebliche Abrechnungskurs den Ausübungspreis am Bewertungsstichtag unterschreitet. Entsprechend verhält sich grundsätzlich die Entwicklung des Wertes des Optionsscheins während der Laufzeit: Ein Call Optionsschein verliert regelmäßig (d.h. unter Nichtberücksichtigung sonstiger für die Preisbildung von Optionsscheinen maßgeblichen Faktoren) dann an Wert, wenn der Kurs des zugrundeliegenden Basiswertes fällt. Umgekehrt gilt für einen Put Optionsschein, dass sein Wert sinkt, wenn der Kurs des zugrundeliegenden Basiswertes steigt.

Ein Optionsschein verbrieft weder einen Anspruch auf Zinszahlung noch auf Dividendenzahlung und wirft daher **keinen laufenden Ertrag** ab. Mögliche Wertverluste des Optionsscheins können daher **nicht** durch andere Erträge des Optionsscheins kompensiert werden.

Bitte beachten Sie, dass Kursänderungen (oder auch schon das Ausbleiben einer erwarteten Kursänderung) des Basiswertes den Wert Ihres Optionsscheins überproportional bis hin zur Wertlosigkeit mindern können. Angesichts der begrenzten Laufzeit des Optionsscheins kann nicht darauf vertraut werden, dass sich der Preis des Optionsscheins wieder erholen wird. Es besteht dann das Risiko des **teilweisen oder vollständigen Verlusts der gezahlten Optionsprämie einschließlich der aufgewendeten Transaktionskosten**. Dieses Risiko besteht unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Emittentin.

Gegen Ende der Laufzeit des Optionsscheins fällt der Zeitwert tendenziell immer weiter, bis er schließlich Null beträgt. Der Verlust vollzieht sich um so schneller, je näher der Verfallstag rückt.

Verzichten Sie während der Ausübungsfrist auf die Ausübung der Optionsscheine oder werden die Optionsscheine am Verfallstag nicht automatisch ausgeübt (die Voraussetzungen einer automatischen Ausübung sind in den Optionsscheinbedingungen näher beschrieben), so wird Ihr Optionsschein mit Ablauf seiner Laufzeit wertlos. Auch in diesem Fall besteht das **Risiko des vollständigen Verlustes der gezahlten Optionsprämie einschließlich der aufgewendeten Transaktionskosten**. Auch dieses Risiko besteht unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Emittentin. Vom Ablauf der Ausübungsfrist werden Sie nicht verständigt.

Beachten Sie bitte, dass Optionsscheine i.d.R. nur in geringeren Stückzahlen emittiert werden und daher ein erhöhtes Liquiditätsrisiko besteht, d.h. es ist u.U. nicht möglich, Optionsscheine zu jedem gewünschten Zeitpunkt zu verkaufen.

Hebeleffekt von Optionsscheinen

In bezug auf das eingesetzte Kapital sind Veränderungen des Optionspreises überproportional größer als die des Basiswertes. Dieses den Optionsscheinen immanente Merkmal ist der sogenannte Hebeleffekt („Leverage“-Effekt). So einerseits mit dem Optionsschein Gewinnchancen verbunden sind, die höher sein können, als die anderer Kapitalanlagen, so sind andererseits **mit einem Optionsschein aber auch überproportionale Verlustrisiken verbunden.**

Der Leverage-Effekt wirkt also in beide Richtungen: Bei ungünstigen Entwicklungen des Kurses der zugrundeliegenden Wertpapiere wirkt sich der Leverage-Effekt zu Ihrem Nachteil aus; hingegen bei günstigen Kursentwicklungen zu Ihrem Vorteil.

Prinzipiell gilt, je größer der Leverage-Effekt ist, umso größer ist auch das mit ihm verbundene Verlustrisiko; zusätzlich ist der Leverage-Effekt umso größer, je kürzer die Laufzeit eines Optionsscheines ist.

Bei Optionsscheinen ist weiterhin zu bedenken, dass das Bezugsverhältnis (z.B. 10:1) sich auch beim Leverage-Effekt auswirkt.

Optionsscheine mit Währungsrisiko

Wenn Ihr durch den Optionsschein verbrieft Anspruch mit Bezug auf eine fremde Währung und/oder Währungseinheit berechnet wird oder sich der Wert des Basiswertes in einer solchen fremden Währung oder Währungseinheit bestimmt, hängt Ihr Verlustrisiko nicht allein von der Entwicklung des Wertes des Basiswertes, sondern auch von ungünstigen Entwicklungen in den Währungsmärkten ab. Ungünstige Entwicklungen in Währungsmärkten können Ihr Verlustrisiko dadurch erhöhen, dass

- sich Ihre Verpflichtung, den Preis für die Optionsscheine in fremder Währung oder Währungseinheiten zu zahlen, erhöht;
- sich der Wert der erworbenen Optionsscheine entsprechend vermindert; oder
- sich die Höhe des möglicherweise zu empfangenden Abrechnungsbetrages entsprechend vermindert.

Weitere wertbestimmende Faktoren

Der Wert eines Optionsscheins wird nicht nur von den Kursveränderungen des zugrundeliegenden Basiswerts bestimmt, sondern zusätzlich von einer Reihe weiterer Faktoren. Zu diesen Faktoren gehören u.a. die Laufzeit des Optionsscheins sowie die Häufigkeit und Intensität von Kursschwankungen (Volatilität) des zugrundeliegenden Basiswerts. Eine Wertminderung des Optionsscheins kann selbst dann eintreten, wenn der Kurs des zugrundeliegenden Basiswerts konstant bleibt.

Einfluss von Nebenkosten auf die Gewinnchance

Provisionen und andere Transaktionskosten, die beim Kauf oder Verkauf von Optionsscheinen anfallen, können – insbesondere in Kombination mit einem niedrigen Auftragswert – zu Kostenbelastungen führen, **die die mit dem Optionsschein verbundene Gewinnchance extrem mindern können**. Bitte informieren Sie sich deshalb vor Erwerb eines Optionsscheins über alle beim Kauf oder Verkauf des Optionsscheins anfallenden Kosten.

Risikoausschließende oder –einschränkende Geschäfte

Da die während der Laufzeit abzuschließenden Geschäfte von den Marktverhältnissen und den jeweils zugrundeliegenden Bedingungen abhängen, machen wir Sie darauf aufmerksam, dass Sie nicht darauf vertrauen können, dass Sie durch diese Geschäfte Ihre anfänglichen Risiken ausschließen oder einschränken können. Unter Umständen können solche Geschäfte nur zu einem ungünstigen Marktpreis getätigt werden, so dass für Sie ein entsprechender Verlust entsteht.

Handel in Optionsscheinen

Die Emittentin beabsichtigt, unter gewöhnlichen Marktbedingungen regelmäßig Ankaufs- und Verkaufskurse für die Optionsscheine einer Emission zu stellen. Die Emittentin übernimmt jedoch gegenüber dem Inhaber von Optionsscheinen keinerlei Rechtspflicht zur Stellung derartiger Kurse oder hinsichtlich der Höhe oder des Zustandekommens derartiger Kurse. Vertrauen Sie daher nicht darauf, dass Sie den Optionsschein zu einer bestimmten Zeit oder einem bestimmten Kurs veräußern können.

Inanspruchnahme von Kredit

Wenn Sie den Erwerb der Optionsscheine mit Kredit finanzieren, müssen Sie beim Nichteintritt Ihrer Erwartungen nicht nur den eingetretenen Verlust hinnehmen, sondern auch den Kredit verzinsen und zurückzahlen. Dadurch erhöht sich Ihr Verlustrisiko erheblich. Setzen Sie nie darauf, den Kredit aus Gewinnen eines Optionsscheingeschäfts verzinsen und zurückzahlen zu können. Vielmehr muss der Erwerber von Optionsscheinen vorher seine wirtschaftlichen Verhältnisse daraufhin überprüfen, ob er zur Verzinsung und gegebenenfalls zur kurzfristigen Tilgung des Kredits auch dann in der Lage ist, wenn statt der erwarteten Gewinne Verluste eintreten.

Beratung durch Ihre Hausbank

Dieser Prospekt ersetzt nicht die in jedem individuellen Fall unerlässliche Beratung vor der Kaufentscheidung durch Ihre Bank oder Ihren Finanzberater.

Einfluss von Geschäften, insbesondere von Hedginggeschäften der Emittentin auf die Optionsscheine

Die Emittentin ist jederzeit während der Laufzeit der Optionsscheine berechtigt, im freien Markt oder durch nicht-öffentliche Geschäfte Optionsscheine zu kaufen oder zu verkaufen. Die Emittentin hat keine Verpflichtung, die Optionsscheininhaber über einen solchen Kauf bzw. Verkauf zu unterrichten. Optionsscheininhaber müssen sich ihr eigenes Bild von der Entwicklung des Kurses des Vertragsgegenstandes, z.B. der Aktie, und anderen Ereignissen, die auf die Entwicklung des Kurses einen Einfluss haben können, machen.

Die Emittentin betreibt im Rahmen ihrer normalen Geschäftstätigkeit Handel in den den Optionsscheinen zugrundeliegenden Basiswerten. Darüber hinaus sichert sich die Emittentin gegen die mit den Optionsscheinen verbundenen finanziellen Risiken durch sogenannte Hedge-Geschäfte (Absicherungsgeschäfte) in den entsprechenden Basiswerten ab. Diese Aktivitäten der Emittentin – insbesondere die auf die Optionsscheine bezogenen Hedge-Geschäfte – können Einfluss auf den sich am Markt bildenden Kurs der Basiswerte haben, auf die sich die Optionsscheine beziehen. Es kann insbesondere nicht ausgeschlossen werden, dass die Eingehung oder Auflösung dieser Hedge-Geschäfte einen nachhaltigen Einfluss auf den Wert der Optionsscheine bzw. auf die von dem Inhaber der Optionsscheine zu beanspruchende Tilgungsverpflichtung hat.

3. Allgemeine Informationen

Verantwortung

Die Emittentin übernimmt gemäß § 13 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz die Prospekthaftung; sie erklärt, dass ihres Wissens die Angaben in diesem Prospekt richtig sind und keine wesentlichen Umstände ausgelassen wurden.

Im Zusammenhang mit der Ausgabe und dem Verkauf der Optionsscheine ist niemand berechtigt, Informationen zu verbreiten oder Erklärungen abzugeben, die nicht in diesem Prospekt enthalten sind. Für Informationen, die nicht in diesem Prospekt enthalten sind, lehnt die Emittentin jede Haftung ab. Die Aushändigung des Prospektes zu irgendeinem späteren Zeitpunkt als dem auf dem Prospekt angegebenen Datum bedeutet nicht, dass die hierin enthaltenen Informationen nach dem Datum des Prospekts noch richtig und vollständig sind.

Bereithaltung des Prospektes und sonstige Unterlagen

Dieser Prospekt und alle Nachträge dazu werden von der Raiffeisen Centrobank AG, Tegetthoffstraße 1, 1010 Wien, Österreich, in ihrer Eigenschaft als Emittentin zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten. Die in diesem Prospekt genannten Unterlagen, die die Emittentin betreffen, können ebenda eingesehen werden.

Der Prospekt ist in dieser Form dem Bundesaufsichtsamt für den Wertpapierhandel in Frankfurt am Main („BAWe“) als zuständiger Hinterlegungsstelle i.S.d. § 8 des Wertpapier-Verkaufsprospektgesetzes übermittelt worden. Das Bundesaufsichtsamt für den Wertpapierhandel hat den Prospekt lediglich auf formale Vollständigkeit geprüft. Eine Prüfung auf materielle Richtigkeit der in diesem Prospekt enthaltenen Angaben wurde durch das Bundesaufsichtsamt für den Wertpapierhandel nicht vorgenommen.

Auf die Bereithaltung des Prospektes und aller Nachträge dazu wird in einem überregionalen Börsenpflichtblatt hingewiesen.

Der Prospekt ist ein unvollständiger Prospekt gemäß § 10 des Wertpapier-Verkaufsprospektgesetzes. Einzelne Angebotsbedingungen, der Optionsscheine, die den Gegenstand dieses Prospekts bilden, werden erst kurz vor dem öffentlichen Angebot festgesetzt und in einem oder mehreren Nachträgen zu diesem Prospekt aufgenommen. Der vervollständigte Prospekt wird ebenfalls bei den vorstehend erwähnten Stellen zur kostenlosen Ausgabe bereit gehalten.

Beginn des öffentlichen Angebots

Das öffentliche Angebot beginnt XXX, frühestens jedoch am zweiten Bankarbeitstag nach Veröffentlichung des Prospektes gemäß Verkaufsprospektgesetz.

Anfänglicher Verkaufspreis

Die Optionsscheine werden von der Emittentin zum freibleibenden Verkauf gestellt. Der anfängliche Verkaufspreis wird am Morgen des Tages des Beginns des öffentlichen Angebots festgesetzt werden. Danach wird er fortlaufend angepasst. Der Verkaufspreis für Optionsscheine kann bei der Emittentin erfragt werden.

Verbriefung

Die Optionsscheine werden in einer Sammelurkunde gemäß § 24 lit. B. öDepotgesetz verbrieft, die bei der Österreichischen Kontrollbank Aktiengesellschaft als Wertpapiersammelbank hinterlegt wird.

Handel

Einbeziehung in den Freiverkehr an der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse in Stuttgart (European Warrant Exchange - EUWAX) und in den Dritten Markt der Wiener Börse.

Besteuerung von Optionsscheinen

Inhaber der hier angebotenen Optionsscheine erzielen keine laufenden Erträge.

Werden die Optionsscheine innerhalb eines Zeitraums von einem Jahr nach Anschaffung von einem unbeschränkt Steuerpflichtigen veräußert, liegt ein privates Veräußerungsgeschäft nach § 23 Abs. 1 Nr. 2 EStG vor.

Seit dem 1. Januar 1999 sind auch Termingeschäfte, durch die ein unbeschränkt Steuerpflichtiger einen Differenzausgleich oder einen durch den Wert einer veränderlichen Bezugsgröße bestimmten Geldbetrag oder Vorteil erlangt, als private Veräußerungsgeschäfte der Einkommensteuer zu unterwerfen, sofern der Zeitraum zwischen Erwerb und Beendigung des Rechtes nicht mehr als ein Jahr beträgt (§ 23 Abs. 1 Nr. 4 EStG). Der Besteuerung unterliegt in diesem Fall der Differenzausgleich bzw. der Geldbetrag oder Vorteil abzüglich der Werbungskosten. Die angebotenen Optionsscheine zählen zu den Termingeschäften in diesem Sinne, wenn innerhalb der Jahresfrist ein Differenzausgleich gemäß § 1 Z 2 der Optionsscheinbedingungen durch die Emittentin gezahlt wird. Außerhalb dieser Jahresfrist unterliegt ein Differenzausgleich im Privatvermögen nicht der Besteuerung.

Gewinne aus privaten Veräußerungsgeschäften bleiben steuerfrei, wenn der erzielte Gesamtgewinn im Kalenderjahr weniger als EUR 512 beträgt. Verluste aus privaten Veräußerungsgeschäften dürfen nur bis zur Höhe der Gewinne, die der Steuerpflichtige im gleichen Kalenderjahr aus privaten Veräußerungsgeschäften erzielt, ausgeglichen werden. Die nicht im gleichen Kalenderjahr ausgleichsfähigen Verluste dürfen wahlweise ein Jahr zurück oder unbegrenzt vorgetragen werden und dort jeweils mit privaten Veräußerungsgewinnen verrechnet werden. Der Verlustrücktrag ist auf einen Betrag von EUR 511.500 beschränkt.

4. Angaben über die Emittentin

Firma, Gründung und Sitz

Die Centro Internationale Handelsbank AG wurde am 22. Oktober 1973 gegründet. In der außerordentlichen Hauptversammlung vom 14. November 2001 wurde sie in Raiffeisen Centrobank AG umbenannt. Sitz der Gesellschaft ist Wien, Österreich. Sie ist eine Aktiengesellschaft gemäß österreichischem Aktiengesetz (öAktG). Die Gesellschaft ist beim Handelsgericht Wien unter der Firmenbuchnummer FN 117507 f eingetragen.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist das Einlagen-, Kredit-, Giro-, Diskont- und das Depotgeschäft sowie die Ausgabe und Verwaltung von Zahlungsmitteln wie Kreditkarten und Reiseschecks, der Handel mit Geldmarktinstrumenten, ausländischen Zahlungsmitteln (Devisen und Valuten), Optionen und Finanzterminkontrakten, Wechselkurs- und Zinssatzinstrumenten sowie Wertpapieren und daraus abgeleiteten Instrumenten. Ferner das Garantiegeschäft, das sonstige Wertpapieremissionsgeschäft, das Loro-Emissionsgeschäft, das Kapitalfinanzierungsgeschäft, das Factoringgeschäft, der Betrieb von Geldmaklergeschäften im Interbankenmarkt sowie die Vermittlung von Einlagen-, Kredit-, Garantie- und Devisenhandelsgeschäften. Im Bereich der Handelsgeschäfte werden in- und ausländische Handelsgeschäfte aller Art für eigene und fremde Rechnung – wobei keine offenen Positionen in der Form gehalten werden dürfen, dass Waren auf Lager gekauft werden – sowie Treuhandgeschäfte durchgeführt und abgewickelt.

Angaben über das Kapital der Emittentin

Zum 31. Dezember 2001 beträgt das gezeichnete Kapital EUR 47.598.850,00. Es ist eingeteilt in 655.000 Namensaktien zu je EUR 72,67.

Das gezeichnete Kapital ist in voller Höhe eingezahlt. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital bestehen daher nicht.

Konzernzugehörigkeit und Aktionärsstruktur

Die Raiffeisen Centrobank AG gehört dem Konzern der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG an. Zum 31. Dezember 2001 stellt sich die Aktionärsstruktur wie folgt dar:

- Raiffeisen Zentralbank Österreich AG, Österreich 99,09 %
- Raiffeisen-Invest-Gesellschaft m.b.H. 0,01 %

Organe

Vorstand:

Vorsitzender:

Dr. Gerhard Vogt, Josefgasse 7, A-1080 Wien

Mitglieder:

Dkfm Christian Sperk, Goldeggasse 2, A-1040 Wien

Dr. Eva Marchart, Mittersteig 2/DG/II, A-1040 Wien

Mag Alfred Michael Spiss, Liechtensteinstraße 23/5, A-1090 Wien

Dr. Gerhard Grund, (seit 01.01.2002) Linzer Straße 470/6, A-1140 Wien

Aufsichtsrat:

Vorsitzender:

Dr. Walter Rothensteiner, Generaldirektor, Raiffeisen Zentralbank Österreich AG, Am Stadtpark 9, A-1030 Wien

Stellvertretender Vorsitzender:

KR Dr. Herbert Stepic, Generaldirektor-Stellvertreter, Raiffeisen Zentralbank Österreich AG, Am Stadtpark 9, A-1030 Wien

Mitglieder:

KR Helfried Marek, Raiffeisen Zentralbank Österreich AG, Am Stadtpark 9, A-1030 Wien

Mag. Christian Teufl, Direktor-Stellvertreter, Raiffeisen Zentralbank Österreich AG, Am Stadtpark 9, A-1030 Wien

Mag. Dr. Karl Sevelda, Raiffeisen Zentralbank Österreich AG, Am Stadtpark 9, A-1030 Wien

Staatskommissäre:

Dr. Peter Braumüller, Gruppenleiter

Dr. Otto Plückhahn, Staatskommissär-Stellvertreter

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Bank ist das Kalenderjahr.

Geschäftstätigkeit

Die Raiffeisen Centrobank ist eine seit 28 Jahren bestehende Spezialbank mit Sitz im Zentrum von Wien. Neben Internationalen Finanzierungen und allen Formen des Dokumentengeschäftes liegt ein weiterer Schwerpunkt im Bereich internationale Wertpapiere und derivative Produkte. Raiffeisen Centrobank zählt zu den führenden Wertpapierhäusern am österreichischen Kapitalmarkt und ist Mitglied der Wiener Börse, der Österreichischen Termin- und Optionsbörse, der Deutschen Börse sowie der EUREX.

Wesentliche Gerichts- und Schiedsverfahren

Es sind keine Verfahren bei Gerichten oder Verwaltungsbehörden anhängig, an denen die Emittentin als Partei beteiligt oder deren Gegenstand Vermögenswerte der Emittentin sind und von denen die Emittentin der Auffassung ist, dass sie im Einzelfall oder insgesamt geeignet sind, einen wesentlichen nachteiligen Effekt auf die finanzielle Gesamtsituation, das Kapital oder die Geschäftstätigkeit der Emittentin zu haben. Nach bestem Wissen der Emittentin ist mit der Einleitung solcher Verfahren durch Verwaltungsbehörden oder andere Dritte nicht zu rechnen.

Jüngster Geschäftsgang und Geschäftsaussichten

Für das Geschäftsjahr 2000 wurde der im Budget vorgesehene Jahresüberschuss erreicht. Ein wesentlicher Ergebnisbeitrag zu diesem Jahresüberschuss wurde vom Wertpapierbereich geleistet. Das Geschäftsjahr 2001 verlief zufriedenstellend; eine testierte Bilanz liegt zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Prospekts noch nicht vor.

Für das Geschäftsjahr 2002 ist ein Jahresüberschuss budgetiert, der deutlich über dem Jahresüberschuss des Vorjahres liegt. Dieser budgetierte Jahresüberschuss wird im Wesentlichen von den Ergebnissen aus dem Geschäftsbereich Wertpapier zu erreichen sein. Im ersten Monat des Geschäftsjahres 2002 ist der Geschäftsgang äußerst zufriedenstellend verlaufen.

Die Geschäftspolitik der Bank ist auf eine Stabilisierung der Ertragslage der Bank durch eine Ausweitung des provisionstragenden Wertpapier-Kundenhandels und der Aktivitäten auf Basis von Maklergeschäften gerichtet. Die Umsetzung dieser Strategie läuft weiterhin erfolgreich und wird im laufenden Geschäftsjahr fortgesetzt werden.

Abschlussprüfer

Abschlussprüfer ist die KPMG Austria Wirtschaftsprüfungs-und Steuerberatungsgesellschaft mbH, Kolingasse 19, A-1090 Wien.

Finanzinformation

Diesem Verkaufsprospekt ist der Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2000 beigelegt (Anhang 3).

Wien, den 12. Februar 2002

Raiffeisen Centrobank AG



Mag. A. Michael Spiss
Mitglied d. Vorstandes

Wilhelm Celeda
Direktor

Anhang 1 Optionsscheinbedingungen für ADRs

§ 1 Optionsrecht

1. Die RAIFFEISEN CENTROBANK AG, Tegetthoffstraße 1, 1010 Wien („Emittentin“), begibt gemäß diesen Bedingungen Kauf- und Verkaufsoptionsscheine auf ADRs der XXX, WKN XXX. American Depositary Receipts (ADRs) werden an internationalen Börsen gehandelt und repräsentieren Aktien an ausländischen Gesellschaften.
2. Jeweils XXX Optionsscheine berechtigen nach Maßgabe der nachstehenden Optionsscheinbedingungen zur Auszahlung eines Barbetrages in EURO („Eurobetrag“) in Höhe der Differenz des Schlusskurses der ADRs am jeweiligen Ausübungstag gemäß § 6 (2) abzüglich des Ausübungspreises gemäß § 2 dieser Optionsscheinbedingungen (Kaufoptionsschein) bzw. zwischen dem Ausübungspreis abzüglich dem Schlusskurs (Verkaufoptionsschein).
3. Die Begebung der Optionsscheine erfolgt in Form einer Dauerremission. Der Ausgabepreis der Optionsscheine wird von der Emittentin laufend festgesetzt.

§ 2 Ausübungspreis, Schlusskurs und Bezugsverhältnis

1. Der jeweilige Ausübungspreis ist aus der Übersicht am Beginn dieses Prospekts zu ersehen. Der Schlusskurs entspricht dem Kurs der ADRs, der am Bewertungstag von der XXX (die maßgebliche Börse) festgestellt wird.
2. Das Bezugsverhältnis beträgt XXX, d.h. 1 Optionsschein bezieht sich auf XXX ADRs bzw. XXX Optionsscheine beziehen sich auf 1 ADR.

§ 3 Ausübungsart

Die Option kann an jedem Bankarbeitstag während der gesamten Ausübungsfrist ausgeübt werden („american style“).

§ 4 Laufzeit und Ausübungsfrist

1. Die Laufzeit der Optionsscheine beginnt am XXX. Die Ausübungsfrist der Optionsscheine beginnt drei Bankarbeitstage nach Beginn der Laufzeit der Optionsscheine und endet („Verfallszeitpunkt“) am XXX um 11:00 Uhr Ortszeit Wien.
2. Die Optionsrechte können jeweils nur für mindestens XXX Optionsscheine ausgeübt werden.
3. Das Optionsrecht kann rechtswirksam nicht ausgeübt werden:

- a) am Tag der Hauptversammlung der Gesellschaft,
 - b) an Bank- und Börseschließtagen in Österreich, Deutschland oder im jeweiligen Heimatmarkt des Basiswertes, sowie im Heimatmarkt der dem ADR zugrundeliegenden Aktie.
 - c) im Zeitraum zwischen dem Tag, an dem die Gesellschaft ein Angebot an ihre Aktionäre zum Bezug von neuen Aktien (einschließlich Vorzugsaktien und vergleichbaren Wertpapieren), oder Teilschuldverschreibungen (einschließlich vergleichbaren Wertpapieren) und/oder Genussrechten mit Wandel- oder Optionsrechten auf neue Aktien im dafür vorgesehenen Börsenpflichtblatt veröffentlicht und dem letzten Tag der jeweiligen Bezugsfrist.
4. Zum Verfallszeitpunkt erlöschen sämtliche Optionsrechte, die bis dahin nicht wirksam ausgeübt worden sind, die Optionsscheine werden damit ungültig.

§ 5

Form der Optionsscheine; Übertragbarkeit

1. Die Optionsscheine werden zur Gänze in einer Sammelurkunde gemäß § 24 lit. b Depotgesetz, BGBl. Nr. 424/1969 i.d.F. BGBl. Nr. 650/1987 dargestellt, welche die Unterschrift zweier Vorstandsmitglieder oder eines Vorstandsmitgliedes zusammen mit einem Prokuristen der Emittentin trägt.
2. Die Sammelurkunden werden bei der Oesterreichischen Kontrollbank Aktiengesellschaft als Wertpapiersammelbank hinterlegt. Die Optionsscheine sind als Miteigentumsanteile übertragbar.
3. Im Effektengiroverkehr sind die Optionsscheine einzeln übertragbar.
4. Ein Anspruch auf Ausfolgung von effektiven Optionsscheinen besteht nicht.

§ 6

Ausübung des Optionsrechtes

1. Zur Ausübung des Optionsrechtes muss der Inhaber des Optionsscheines bei der Optionsstelle eine ordnungsgemäß ausgefüllte Erklärung („Ausübungserklärung“) einreichen. Diese Ausübungserklärung ist unwiderruflich und bindend.
2. Bei Eingang der Ausübungserklärung bei der Optionsstelle bis 11:00 Uhr gilt der Schlusskurs des ADRs am Tage des Eingangs der Ausübungserklärung („Ausübungstag“). Bei Eingang der Ausübungserklärung nach 11:00 Uhr gilt der Schlusskurs des ADR des am Tage des Eingangs der Ausübungserklärung folgenden Tages.
3. Der Optionsscheininhaber muss die entsprechende Anzahl an Optionsscheinen spätestens mit Abgabe der Ausübungserklärung an die Optionsstelle liefern, und zwar entweder durch eine unwiderrufliche Anweisung an die Optionsstelle, die Optionsscheine aus dem bei der Optionsstelle gegebenenfalls unterhaltenen Wertpapierdepot zu entnehmen oder durch Lieferung der Optionsscheine auf das durch die Optionsstelle namhaft zu machende Wertpapierdepot der Optionsstelle.

4. Bei Erwerb des Optionsscheines kommen die banküblichen Spesen zur Anrechnung. Etwaige Steuern oder Abgaben, die im Zusammenhang mit der Ausübung des Optionsrechtes und/oder beim Erwerb der Aktien anfallen, sind von den betreffenden Optionsscheininhabern zu tragen.

§ 7 Marktstörungen

1. Liegt am Bewertungstag eine Marktstörung (§7 Abs. 2) vor, wird der Bewertungstag auf den nächstfolgenden Bankgeschäftstag in Österreich, Deutschland und in dem Land der Heimatbörse des Basiswertes, sowie im Heimatmarkt der dem ADR zugrundeliegenden Aktie, an dem keine Marktstörung mehr vorliegt, verschoben. Dauert die Marktstörung längere Zeit an und hat sich dadurch der Bewertungstag um 5 hintereinander liegende Bankgeschäftstage in Deutschland und im oben genannten Land verschoben, gilt dieser Tag als der Bewertungstag. Die Emittentin hat in diesem Fall den Abrechnungskurs nach billigem Ermessen unter Berücksichtigung der an dem Bewertungstag herrschenden Marktgegebenheiten zu bestimmen.
2. Marktstörung bedeutet die Suspendierung oder Einschränkung des Handels in den ADRs an der Maßgeblichen Börse oder in den Aktien an der Heimatbörse des Basiswertes, sowie im Heimatmarkt der dem ADR zugrundeliegenden Aktie, sofern diese Suspendierung oder Einschränkung in der letzten Stunde vor der üblicherweise zu erfolgenden Berechnung des Schlusskurses der ADRs oder der Aktien eintritt bzw. besteht. Beruht die Beschränkung des Handels auf einer vorher angekündigten Änderung der betreffenden Börse und handelt es sich um eine Beschränkung der Stunden oder Anzahl der Tage, gilt dies nicht als Marktstörung.

§ 8 Bekanntmachungen

Alle Bekanntmachungen, die die Optionsscheine betreffen, erfolgen rechtsgültig im „Amtsblatt der Wiener Zeitung“. Sollte diese Zeitung ihr Erscheinen einstellen, so tritt an ihre Stelle die für amtliche Bekanntmachungen dienende Tageszeitung. Einer besonderen Benachrichtigung der einzelnen Inhaber der Optionsscheine bedarf es nicht.

§ 9 Börseneinführung

Die Aufnahme des Handels der Optionsscheine im Dritten Markt an der Wiener Börse sowie im Freiverkehr der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse ist vorgesehen. Die Anforderungen des Börsegesetzes, die an die Emittentin und an deren im Amtlichen Handel notierten oder im geregelten Freiverkehr gehandelten Wertpapiere gestellt werden, gelten im Dritten Markt nicht.

§ 10 Aufstockung; Rückkauf

1. Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit weitere Optionsscheine mit (gegebenenfalls bis auf den Beginn der Ausübungsfrist) gleicher Ausstattung zu begeben, sodass sie mit den Optionsscheinen zusammengefasst werden, eine einheitliche Emission mit ihnen bilden

und ihre Anzahl erhöhen. Der Begriff „Optionsscheine“ umfasst im Fall einer solchen Aufstockung auch solche zusätzlich begebenen Optionsscheine.

2. Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit Optionsscheine über die Börse oder durch außerbörsliche Geschäfte zu einem beliebigen Preis zurückzuerwerben. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, die Optionsscheininhaber davon zu unterrichten. Die zurückerworbenen Optionsscheine können entwertet, gehalten, weiterveräußert oder von der Emittentin in anderer Weise verwendet werden.

§ 11

Zahl-, Einreich- und Optionsstelle

1. Zahl-, Einreich- und Optionsstelle ist die RAIFFEISEN CENTROBANK AG.
2. Die Emittentin ist berechtigt, zusätzliche Optionsstellen zu ernennen oder deren Ernennung zu widerrufen. Ernennungen und Widerrufe werden gemäß § 8 bekannt gemacht.
3. Die Optionsstelle und etwaige weitere Annahmestellen handeln als solche ausschließlich als Beauftragte der Emittentin und stehen nicht in einem Auftrags- und Treuhandverhältnis zu den Inhabern von Optionsscheinen.

§ 12

Kapitalveränderungen

Falls innerhalb der Optionsfrist eine Kapitalveränderung der den ADRs zugrunde liegenden Wertpapiere eintritt, werden die Optionsscheinbedingungen derart angepasst, dass die Optionsscheininhaber durch diese Kapitalveränderung nicht schlechter gestellt wird.

§ 13

Ersatzbörse

Im Fall der endgültigen Einstellung der Notierung der ADRs an der Maßgeblichen Börse oder der Aktien an ihrer Heimatbörse und Beginn der Notierung an einer anderen Börse, ist die Emittentin berechtigt, eine solche andere Börse durch Bekanntmachung gemäß § 8 als neue Maßgebliche Börse zu bestimmen („Ersatzbörse“).

§ 14

Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Bedingungen aus welchem Grund auch immer unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieser Bedingungen nicht berührt. Die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung wird durch eine solche ersetzt, die dem in diesen Bedingungen zum Ausdruck kommenden Willen am nächsten kommt.

§ 15

Vorzeitige Kündigung

1. Sollte die Notierung der ADRs an der Maßgeblichen Börse oder der Aktien an ihrer Heimatbörse aufgrund einer Kapitalveränderung oder aus irgend einem sonstigen Grund endgültig eingestellt werden, ist die Emittentin berechtigt, die noch nicht ausgeübten Optionsscheine vorzeitig durch Bekanntmachung gemäß § 8 unter Angabe des nachstehend

definierten Kündigungsbetrages zu kündigen. Ebenso ist die Emittentin berechtigt, unter Angabe des Kündigungsbetrages zu kündigen, wenn nach ihrem Ermessen nur noch eine geringe Liquidität der ADRs an den oben genannten Börsen gegeben ist.

2. Im Fall einer Kündigung zahlt die Emittentin an jeden Optionsscheininhaber bezüglich jedes von ihm gehaltenen Optionsscheins einen Betrag („Kündigungsbetrag), der von der Emittentin nach billigem Ermessen als angemessener Marktpreis eines Optionsscheins festgelegt wird.

§ 16 Sonstige Bestimmungen

1. Form und Inhalt der Optionsscheine sowie alle Rechte und Pflichten aus den in diesen Optionsscheinbedingungen geregelten Angelegenheiten bestimmen sich in jeder Hinsicht nach österreichischem Recht.
2. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Wien, wobei sich die Emittentin jedoch vorbehält, eine Klage bei einem ansonsten zuständigen Gericht einzubringen.

Wien, am 12. Februar 2002

Anhang 2 Optionsscheinbedingungen für GDRs

§ 1 Optionsrecht

1. Die RAIFFEISEN CENTROBANK AG, Tegetthoffstraße 1, 1010 Wien („Emittentin“), begibt gemäß diesen Bedingungen Kauf- und Verkaufsoptionsscheine auf GDRs der XXX, WKN XXX. Global Depositary Receipts (GDRs) werden an internationalen Börsen gehandelt und repräsentieren Aktien an ausländischen Gesellschaften.
2. Jeweils XXX Optionsscheine berechtigen nach Maßgabe der nachstehenden Optionsscheinbedingungen zur Auszahlung eines Barbetrages in EURO („Eurobetrag“) in Höhe der Differenz des Schlusskurses der GDRs am jeweiligen Ausübungstag gemäß § 6 (2) abzüglich des Ausübungspreises gemäß § 2 dieser Optionsscheinbedingungen (Kaufoptionsschein) bzw. zwischen dem Ausübungspreis abzüglich dem Schlusskurs (Verkaufoptionsschein).
3. Die Begebung der Optionsscheine erfolgt in Form einer Daueremission. Der Ausgabepreis der Optionsscheine wird von der Emittentin laufend festgesetzt.

§ 2 Ausübungspreis, Schlusskurs und Bezugsverhältnis

1. Der jeweilige Ausübungspreis ist aus der Übersicht am Beginn dieses Prospekts zu ersehen. Der Schlusskurs entspricht dem Kurs der GDRs, der am Bewertungstag von der XXX (die maßgebliche Börse) festgestellt wird.
2. Das Bezugsverhältnis beträgt XXX, d.h. 1 Optionsschein bezieht sich auf XXX GDRs bzw. XXX Optionsscheine beziehen sich auf 1 GDR.

§ 3 Ausübungsart

Die Option kann an jedem Bankarbeitstag während der gesamten Ausübungsfrist ausgeübt werden („american style“).

§ 4 Laufzeit und Ausübungsfrist

1. Die Laufzeit der Optionsscheine beginnt am XXX. Die Ausübungsfrist der Optionsscheine beginnt drei Bankarbeitstage nach Beginn der Laufzeit der Optionsscheine und endet („Verfallszeitpunkt“) am XXX um 11:00 Uhr Ortszeit Wien.
2. Die Optionsrechte können jeweils nur für mindestens XXX Optionsscheine ausgeübt werden.
3. Das Optionsrecht kann rechtswirksam nicht ausgeübt werden:
 - a) am Tag der Hauptversammlung der Gesellschaft,

- b) an Bank- und Börseschließtagen in Österreich, Deutschland oder im jeweiligen Heimatmarkt des Basiswertes, sowie im Heimatmarkt der dem GDR zugrundeliegenden Aktie.
- 4. im Zeitraum zwischen dem Tag, an dem die Gesellschaft ein Angebot an ihre Aktionäre zum Bezug von neuen Aktien (einschließlich Vorzugsaktien und vergleichbaren Wertpapieren), oder Teilschuldverschreibungen (einschließlich vergleichbaren Wertpapieren) und/oder Genussrechten mit Wandel- oder Optionsrechten auf neue Aktien im dafür vorgesehenen Börsenpflichtblatt veröffentlicht und dem letzten Tag der jeweiligen Bezugsfrist.
- 5. Zum Verfallszeitpunkt erlöschen sämtliche Optionsrechte, die bis dahin nicht wirksam ausgeübt worden sind, die Optionsscheine werden damit ungültig.

§ 5

Form der Optionsscheine; Übertragbarkeit

1. Die Optionsscheine werden zur Gänze in einer Sammelurkunde gemäß § 24 lit. b Depotgesetz, BGBl. Nr. 424/1969 i.d.F. BGBl. Nr. 650/1987 dargestellt, welche die Unterschrift zweier Vorstandsmitglieder oder eines Vorstandsmitgliedes zusammen mit einem Prokuristen der Emittentin trägt.
2. Die Sammelurkunden werden bei der Oesterreichischen Kontrollbank Aktiengesellschaft als Wertpapiersammelbank hinterlegt. Die Optionsscheine sind als Miteigentumsanteile übertragbar.
3. Im Effektengiroverkehr sind die Optionsscheine einzeln übertragbar.
4. Ein Anspruch auf Ausfolgung von effektiven Optionsscheinen besteht nicht.

§ 6

Ausübung des Optionsrechtes

1. Zur Ausübung des Optionsrechtes muss der Inhaber des Optionsscheines bei der Optionsstelle eine ordnungsgemäß ausgefüllte Erklärung („Ausübungserklärung“) einreichen. Diese Ausübungserklärung ist unwiderruflich und bindend.
2. Bei Eingang der Ausübungserklärung bei der Optionsstelle bis 11:00 Uhr gilt der Schlusskurs des GDRs am Tage des Eingangs der Ausübungserklärung („Ausübungstag“). Bei Eingang der Ausübungserklärung nach 11:00 Uhr gilt der Schlusskurs des GDR des am Tage des Eingangs der Ausübungserklärung folgenden Tages.
3. Der Optionsscheininhaber muss die entsprechende Anzahl an Optionsscheinen spätestens mit Abgabe der Ausübungserklärung an die Optionsstelle liefern, und zwar entweder durch eine unwiderrufliche Anweisung an die Optionsstelle, die Optionsscheine aus dem bei der Optionsstelle gegebenenfalls unterhaltenen Wertpapierdepot zu entnehmen oder durch Lieferung der Optionsscheine auf das durch die Optionsstelle namhaft zu machende Wertpapierdepot der Optionsstelle.
4. Bei Erwerb des Optionsscheines kommen die banküblichen Spesen zur Anrechnung. Etwaige Steuern oder Abgaben, die im Zusammenhang mit der Ausübung des

Optionsrechtes und/oder beim Erwerb der Aktien anfallen, sind von den betreffenden Optionsscheininhabern zu tragen.

§ 7 Marktstörungen

1. Liegt am Bewertungstag eine Marktstörung (§7 Abs. 2) vor, wird der Bewertungstag auf den nächstfolgenden Bankgeschäftstag in Österreich, Deutschland und in dem Land der Heimatbörse des Basiswertes, sowie im Heimatmarkt der dem GDR zugrundeliegenden Aktie, an dem keine Marktstörung mehr vorliegt, verschoben. Dauert die Marktstörung längere Zeit an und hat sich dadurch der Bewertungstag um 5 hintereinander liegende Bankgeschäftstage in Deutschland und im oben genannten Land verschoben, gilt dieser Tag als der Bewertungstag. Die Emittentin hat in diesem Fall den Abrechnungskurs nach billigem Ermessen unter Berücksichtigung der an dem Bewertungstag herrschenden Marktgegebenheiten zu bestimmen.
2. Marktstörung bedeutet die Suspendierung oder Einschränkung des Handels in den GDRs an der Maßgeblichen Börse oder in den Aktien an der Heimatbörse des Basiswertes, sowie im Heimatmarkt der dem GDR zugrundeliegenden Aktie, sofern diese Suspendierung oder Einschränkung in der letzten Stunde vor der üblicherweise zu erfolgenden Berechnung des Schlusskurses der GDRs oder der Aktien eintritt bzw. besteht. Beruht die Beschränkung des Handels auf einer vorher angekündigten Änderung der betreffenden Börse und handelt es sich um eine Beschränkung der Stunden oder Anzahl der Tage, gilt dies nicht als Marktstörung.

§ 8 Bekanntmachungen

Alle Bekanntmachungen, die die Optionsscheine betreffen, erfolgen rechtsgültig im „Amtsblatt der Wiener Zeitung“. Sollte diese Zeitung ihr Erscheinen einstellen, so tritt an ihre Stelle die für amtliche Bekanntmachungen dienende Tageszeitung. Einer besonderen Benachrichtigung der einzelnen Inhaber der Optionsscheine bedarf es nicht.

§ 9 Börseneinführung

Die Aufnahme des Handels der Optionsscheine im Dritten Markt an der Wiener Börse sowie im Freiverkehr der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse ist vorgesehen. Die Anforderungen des Börsegesetzes, die an die Emittentin und an deren im Amtlichen Handel notierten oder im geregelten Freiverkehr gehandelten Wertpapiere gestellt werden, gelten im Dritten Markt nicht.

§ 10 Aufstockung; Rückkauf

1. Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit weitere Optionsscheine mit (gegebenenfalls bis auf den Beginn der Ausübungsfrist) gleicher Ausstattung zu begeben, sodass sie mit den Optionsscheinen zusammengefasst werden, eine einheitliche Emission mit ihnen bilden und ihre Anzahl erhöhen. Der Begriff „Optionsscheine“ umfasst im Fall einer solchen Aufstockung auch solche zusätzlich begebenen Optionsscheine.

2. Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit Optionsscheine über die Börse oder durch außerbörsliche Geschäfte zu einem beliebigen Preis zurückzuerwerben. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, die Optionsscheininhaber davon zu unterrichten. Die zurückerworbenen Optionsscheine können entwertet, gehalten, weiterveräußert oder von der Emittentin in anderer Weise verwendet werden.

§ 11

Zahl-, Einreich- und Optionsstelle

1. Zahl-, Einreich- und Optionsstelle ist die RAIFFEISEN CENTROBANK AG.
2. Die Emittentin ist berechtigt, zusätzliche Optionsstellen zu ernennen oder deren Ernennung zu widerrufen. Ernennungen und Widerrufe werden gemäß § 8 bekannt gemacht.
3. Die Optionsstelle und etwaige weitere Annahmestellen handeln als solche ausschließlich als Beauftragte der Emittentin und stehen nicht in einem Auftrags- und Treuhandverhältnis zu den Inhabern von Optionsscheinen.

§ 12

Kapitalveränderungen

Falls innerhalb der Optionsfrist eine Kapitalveränderung der den GDRs zugrunde liegenden Wertpapiere eintritt, werden die Optionsscheinbedingungen derart angepasst, dass die Optionsscheininhaber durch diese Kapitalveränderung nicht schlechter gestellt wird.

§ 13

Ersatzbörse

Im Fall der endgültigen Einstellung der Notierung der GDRs an der Maßgeblichen Börse oder der Aktien an ihrer Heimatbörse und Beginn der Notierung an einer anderen Börse, ist die Emittentin berechtigt, eine solche andere Börse durch Bekanntmachung gemäß § 8 als neue Maßgebliche Börse zu bestimmen („Ersatzbörse“).

§ 14

Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Bedingungen aus welchem Grund auch immer unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieser Bedingungen nicht berührt. Die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung wird durch eine solche ersetzt, die dem in diesen Bedingungen zum Ausdruck kommenden Willen am nächsten kommt.

§ 15

Vorzeitige Kündigung

1. Sollte die Notierung der GDRs an der Maßgeblichen Börse oder der Aktien an ihrer Heimatbörse aufgrund einer Kapitalveränderung oder aus irgend einem sonstigen Grund endgültig eingestellt werden, ist die Emittentin berechtigt, die noch nicht ausgeübten Optionsscheine vorzeitig durch Bekanntmachung gemäß § 8 unter Angabe des nachstehend definierten Kündigungsbetrages zu kündigen. Ebenso ist die Emittentin berechtigt, unter

Angabe des Kündigungsbetrages zu kündigen, wenn nach ihrem Ermessen nur noch eine geringe Liquidität der GDRs an den oben genannten Börsen gegeben ist.

2. Im Fall einer Kündigung zahlt die Emittentin an jeden Optionsscheininhaber bezüglich jedes von ihm gehaltenen Optionsscheins einen Betrag („Kündigungsbetrag), der von der Emittentin nach billigem Ermessen als angemessener Marktpreis eines Optionsscheins festgelegt wird.

§ 16 Sonstige Bestimmungen

1. Form und Inhalt der Optionsscheine sowie alle Rechte und Pflichten aus den in diesen Optionsscheinbedingungen geregelten Angelegenheiten bestimmen sich in jeder Hinsicht nach österreichischem Recht.
2. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Wien, wobei sich die Emittentin jedoch vorbehält, eine Klage bei einem ansonsten zuständigen Gericht einzubringen.

Wien, am 12. Februar 2002

Anhang 3 Jahresabschluss zum 31. Dezember 2000



Raiffeisen
CENTROBANK

Geschäftsbericht 2000



Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat befasste sich während seiner fünf Sitzungen im Jahre 2000 mit den folgenden Themen: Jahresabschluss des Geschäftsjahres 1999, Verteilung des Reingewinnes des Geschäftsjahres 1999, Barkaufsichtlicher Prüfungsbericht 1999, Berichte des Vorstandes, Revision der Länder- und Finanzlimite, Ausweitung und Differenzierung der Geschäftstätigkeit und personelle Beförderungen. Die Mitgliederzahl des Vorstandes wurde von 5 auf 4 Personen reduziert.

Die Kreditpolitik der Bank wurde vom Aufsichtsrat überwacht, während die praktischen Entscheidungen auf diesem Gebiet vom Kreditkomitee getroffen wurden, das aus vier Mitgliedern des Aufsichtsrates bestand.

Der Aufsichtsrat konnte daher alle gesetzlich vorgeschriebenen Verpflichtungen erfüllen und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugen und den Jahresabschluss genehmigen.

Die gewählten Abschlussprüfer - KPMG Austria Wirtschaftsprüfungs-GmbH, Kolingasse 19, 1090 Wien - prüften den Jahresabschluss sowie den Bericht des Vorstandes und bestätigten deren Ordnungsmäßigkeit.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Bericht und den Vorschlag zur Verwendung des Ergebnisses des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2000 genehmigt. Der Aufsichtsrat nimmt gemäß § 125, Absatz 3 des Aktiengesetzes den Jahresabschluss 2000 an.

Wien, im April 2001

Robert T. Fox

Vorsitzender des Aufsichtsrates



Bericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2000

Das Betriebsergebnis (IV) stieg um 84 % auf ÖS 186,3 Mio und übertraf hiermit das bisher beste Ergebnis des Vorjahres von ÖS 101,1 Mio bei weitem.

Während die Betriebserträge (II) um 45 % auf ÖS 382,3 Mio wuchsen, konnten die Betriebsausgaben vergleichsweise mit einem Anstieg von 21 % auf ÖS 196,0 Mio niedrig gehalten werden, wodurch ein für eine Sonderbank bemerkenswerter Kosten-Ertrags-Koeffizient von 51,3 (1999: 61,5) erreicht wurde.

Die Nettozinserträge stiegen um 65 %. Die Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen waren um 200 % oder ÖS 60,7 Mio höher, welches im wesentlichen auf das Dividendeneinkommen von der Syrena Immobilien Holding AG, Spittal/Drau, Österreich (ÖS 12,9 Mio) und der Centrotrade Investment AG, Zug Schweiz (ÖS 49,7 Mio) zurückzuführen ist.

Die Provisionserträge gingen auf Grund von einem geringeren Volumen der syndizierten Kredite auf ÖS 34,2 Mio zurück.

Die Erträge aus Finanzierungen, die aus einem erratischen Markt mit bisher unbekanntem und unvorhersehbaren Volatilitäten stammen, erhöhten sich um bemerkenswerte 28 %.

Sonstige Betriebserträge resultieren vor allem aus dem Handel (Gegengeschäft) und aus dem Depotgeschäft.

Die höheren Betriebsaufwendungen (III - plus 21 % oder ÖS 34,2 Mio) ergeben sich aus höheren Personalaufwendungen, um der Ausweitung des Geschäftsvolumens Rechnung zu tragen, und aus einer Einmalzahlung für die restlichen Pensionsverpflichtungen, sodass keine weiteren Rückstellungserfordernisse für Pensionen mehr bestehen.

Das Betriebsergebnis würde - ohne die erforderlichen Abschreibungen und Rückstellungen - einen Ertrag auf das eingesetzte Gesamtkapital von ÖS 940,2 Mio von 19,8 % ergeben, während der Jahresüberschuss von ÖS 12,7 Mio hingegen nach Rückstellungen und Steuern nur 1,35 % beträgt.

Das konsolidierte Jahresergebnis erreichte ÖS 41,111 Mio, wodurch sich eine 4,4 %ige Eigenkapitalverzinsung ergibt.

Der Großteil der erforderlichen Rückstellungen bzw. Wertberichtigungen ist auf das Ergebnis von 2 Tochtergesellschaften, insbesondere der Centrotrade Minerals & Metals Inc., New York, wo langfristige Kontrakte beträchtliche Verluste verursachen, zurückzuführen. ÖS 57,4 Mio dienen zur Angleichung des Bilanzansatzes an das negative Eigenkapital und weitere ÖS 41,0 Mio müssen zur Vorsorge von zukünftigen Verlusten dieser Gesellschaft in den Jahren 2001 und 2002 herangezogen werden.

Ebenfalls musste die Centrotrade Singapore Pte. Ltd., Singapur, um der eingetretenen Überschuldung Rechnung zu tragen, um ÖS 28,9 Mio wertberichtigt werden.

Während der Kriegereignisse in Jugoslawien wurde eine Donaubrücke zerstört, wodurch die Ablieferung von 2 Schiffen in das Schwarze Meer blockiert wurde. Auf Grund dieses Umstandes wurden Garantien für die zeitgerechte Ablieferung der Schiffe gezogen, die eine Abwertung der halbfertigen Schiffe um ÖS 38,9 Mio auf den Marktwert erforderte.

Nach Abzug der direkt zurechenbaren Kosten und der Gemeinkosten ergibt sich folgende Beitragsleistung der einzelnen Abteilungen zum Gesamtergebnis:

Kreditabteilung	9%
Wertpapierabteilung	45%
Devisenhandelabteilung	16%
Dokumentenabteilung	4%
Handelabteilung	16%
Investmentabteilung	<u>10%</u> *)
	100%

Das Ergebnis der Kreditabteilung wurde nicht nur von den Ereignissen in der Slowakei beeinträchtigt, sondern auch vom beabsichtigten Ausscheiden der Bank Handlowy w Warszawie SA, Warschau, als Aktionär, wodurch die Kreditpolitik stark beeinflusst wurde.

Obwohl die Kreditvergabe von ÖS 3.511,0 Mio (1999) auf ÖS 4.141,2 Mio im Jahre 2000 wuchs, konzentrierte sie sich auf kurzfristige Handelsfinanzierungen oder auf Ausleihungen gegen Wertpapierbesicherungen. Vor allem ging das Volumen in den Krediten mit einer Laufzeit von 2 - 5 Jahren zurück. Ebenfalls musste auf Grund nicht zufriedenstellender Margen eine Verringerung des Provisionseinkommens aus Syndizierungen hingenommen werden.

11,2 % der Risiken fallen auf Osteuropa, wovon Polen mit 10,5 % die erste Stelle einnimmt. Obwohl die Ausleihungen, die durch bereits platzierte Waren oder Wertpapiere besichert sind, einen geringen Bezug auf die einzelnen Länder aufweisen, sollte nicht unerwähnt bleiben, dass vom gesamten Kreditvolumen 15,4 % durch die Republik Österreich garantiert werden, 32 % andere österreichische Risiken, gefolgt von 9,45 % US Risiken und 6,5 % UK Risiken sind. Alle anderen Ausleihungen liegen unter je 4 %.

*) Unter Berücksichtigung der Dividende der Syrena Immobilien Holding AG beläuft sich die Beitragsleistung der Investmentabteilung auf 20 %.

Das Wertpapiergeschäft war vor allem von den negativen Entwicklungen auf den internationalen Aktienmärkten betroffen, die eine historisch besonders schwache Performance aufwiesen. Trotz dieser Entwicklung ist es der Wertpapierabteilung gelungen, die Einnahmen um 19 % zu steigern und damit weiterhin ihre Position als ertragskräftigste Abteilung der Bank zu behaupten.

Geographisch gesehen stehen mit 50 % der Gewinne die österreichischen Börsegeschäfte an erster Stelle, gefolgt von Deutschland und den mittel/osteuropäischen Ländern.

Insgesamt wurden wie vorgesehen 640 neue Emissionen auf den Markt gebracht, die jedoch unter dem Verfall der Aktienkurse und dem mangelnden Interesse der Investoren an österreichischen Aktien litten.

In der Vermögensverwaltung konnten die Veranlagungen ein ausgeglichenes Ergebnis ausweisen, und der "Centrobank Strategic Options Fund Sicav" hatte die Anfangsverluste zur Gänze wettgemacht

Im Vergleich zum Vorjahr blieb der Marktanteil in Österreich mit 20 % für die Derivatprodukte und 12 % für die Aktien unverändert.

Für 16 Aktien und 13 Titel auf dem österreichischen Derivatmarkt übte die Bank die Funktion eines Spezialisten aus und war zusätzlich Market Maker für 7 Aktien und 13 Titel auf dem Terminmarkt.

In der Devisenhandelsabteilung verringerte sich der auf den risikoreichen Devisenhandel entfallende Anteil auf 16 % des Einkommens der Abteilung. Das überaus erfolgreiche Gesamtergebnis ist auf eine rege Tätigkeit im zins- und provisionsertragreichen Geschäft im Kontokorrentbereich zurückzuführen.

Sehr gute Ergebnisse konnten im Bereich Investment Banking/strukturierte Finanzprodukte erzielt werden. Das Einkommen stammt vor allem aus Kommissionen im Rahmen von Sondergesellschaften einschließlich einer Privatstiftung, die zur Geschäftsausweitung des Kundenkreises notwendig waren, wobei die sich ständig ändernde steuerliche Situation diese Aufgabe nicht erleichterte. Im wesentlichen wurden Terminforderungen von Privatstiftungen diskontiert und die Abwicklung von Aktienkäufen und -verkäufen im Rahmen von Börsenplatzierungen an der Pariser Börse und New Yorker Nasdaq vorgenommen.

Die Bruttoeinkünfte beliefen sich auf ÖS 14,2 Mio, die Nettoeinkünfte nach direkten Kosten auf ÖS 12,3 Mio. Dieser Betrag erhöhte sich durch die Dividendenzahlung der Syrena Österreich, die ÖS 12,6 Mio nach Steuern betrug.

Die Ertragslage der Dokumentenabteilung hielt sich auf dem Niveau des Vorjahres, jedoch mit einer Steigerung des Umsatzes um 13 %. Die Tochtergesellschaften trugen zu einem Drittel des Geschäftsvolumens bei.

In der Handelsabteilung, welche für Gegengeschäfte, Military Offset und die Tochtergesellschaften zuständig ist, mussten weitere Rückgänge bei den Gegengeschäften im Fernen Osten hingenommen werden, welche auf die zunehmende Privatisierung und den wirtschaftlichen Abschwung in diesen Ländern zurückzuführen sind.

Obwohl die Erfüllung von Gegengeschäftsverpflichtungen um 34 % geringer ausfiel, konnte immerhin eine große Anzahl von neuen Kontrakten abgeschlossen werden, wovon

ÖS 1.253,2 Mio, eine Erhöhung um 64 %, bereits in Kraft traten. Eine Gegengeschäftspolitik existiert derzeit in Indonesien, Malaysia und den Philippinen, wobei auf den Philippinen derzeit keine neuen Projekte in Sicht sind. Auf Grund einer extremen Bürokratie und geringfügiger Gewinnmargen wurde das Gegengeschäft in Thailand, solange sich diese Bedingungen nicht ändern, stark reduziert. Die Vertretung wird per Ende März 2001 geschlossen.

Von den Tochtergesellschaften müssen unterschiedliche Geschäftserfolge berichtet werden.

Centrotrade Minerals & Metals Inc., New York, war besonders von langfristigen Verlust verursachenden Kontrakten betroffen, welche das Kapital aufzehrten und zusätzliche Rückstellungen erforderten.

Centrotrade Chemicals AG, Zug, Schweiz, welche im Eigentum der Centrotrade Investment AG, Zug, steht, zeigte eines der besten Ergebnisse in ihrer Geschichte, welches eine Dividendenzahlung von USD 2,5 Mio erlaubte.

Centrotrade Deutschland GmbH, Frankfurt/Main, die sich mit Kautschukprodukten befasst, bilanzierte ausgeglichen. Die Gewinne der Gesellschaft in den USA konnten jedoch nicht die Aufwendungen decken.

Ein zufriedenstellendes Ergebnis, welches über dem Budgetansatz lag, erbrachte die Centrotrade Handelsges.m.b.H, Wien.

In der Centrotrade Property Holding AG, Wien, entsprachen die in Frage kommenden Projekte in Osteuropa nicht den Anforderungen der Geschäftspolitik der Gesellschaft.

Die Syrena Immobilien Holding AG, Spittal/Drau, Österreich, welche indirekt Eigentümer von 5 Hotels in Warschau ist, trug beträchtlich zu dem Dividendeneinkommen der Bank bei. Umfassende Renovierungsarbeiten in den Jahren 2001/2002 werden durch einen geringeren Auslastungsgrad wahrscheinlich die Ergebnisse der nächsten 2 Jahre belasten.

Die Abteilung Organisation/Administration/IT befasste sich mit umfassenden Umbauarbeiten in den Gebäuden der Centrobank Tegetthoffstraße 1 und 3, um zusätzliche Räumlichkeiten für die Wertpapierabteilung, das Back Office und die IT Abteilung zu schaffen. Um eine Verbindung zwischen den einzelnen Abteilungen herzustellen und zusätzliche Büroflächen für das Private Banking zu gewinnen, wurden ein Büro in Tegetthoffstraße 3 hinzugemietet. Auf die Sicherheitsvorkehrungen für den EDV-Bereich wurde besonderer Wert gelegt, indem eine Hochsicherheitszelle mit eigener Stromversorgung, Klimatisierung und Feueralarmsystem errichtet wurde. Derzeit stehen mehr als 80 PCs, 11 RTS Händlermaschinen und 2 AS/400 Datenbanken unter der Aufsicht der IT Abteilung, wobei eine wachsende Anzahl von Daten bewältigt werden muss. Um die Abhängigkeit von bankfremden Dienstleistungen und auch von einzelnen Angestellten zu verringern, wurden die meisten Programme in Eigenregie produziert.

Im Jahr 2000 wurden folgende Projekte abgeschlossen: Wechsel von ÖS auf EUR, Erstellung neuer Websites, Wechsel von IBM RS/600 - Kundenhardware zu LINUX - Kunden, Implementierung neuer Wertpapierhandelssysteme (EASDAQ-TRAX Handelssystem, NEWEX Handelssystem, EUWAX Handelssystem, Stuttgart), Entwicklung und Einführung der Wertpapierabwicklungssysteme VEGA BACKOFFICE sowie des integrierten Portfoliomanagementsystems VEGA PORTFOLIO inklusive eines Portfolio Berichtssystems.

Zusätzlich wurden weitere Informations- und Netzwerksysteme problemlos installiert.

Auf Grund des gestiegenen Geschäftsvolumens erhöhte sich die Bilanzsumme von ÖS 7.474,469 Mio um 34,9 % auf ÖS 10.079,222 Mio.

Diese Ausweitung ist vor allem bei den Forderungen an Kunden (Pos. 4) zu verzeichnen, die um 63,1 % auf ÖS 5.453,889 Mio zunahm und somit 54,1 % der gesamten Aktiva erreichten. Darunter fallen als wichtigste Posten die Ausleihungen an Kunden gegen Verpfändung von Wertpapieren und die kurzfristigen Finanzierungen von Handelsforderungen der Tochtergesellschaften sowie die Schiffsfinanzierungen in der Slowakei und Polen sowie ein Kredit an die Syrena Hotels.

Schuldtitel öffentlicher Stellen (Pos. 2.a) erhöhten sich um 52,8 % auf ÖS 1.214,615 Mio als Folge des Ankaufs von österreichischen Staatsanleihen in Höhe von insgesamt ÖS 794,7 Mio.

Die Forderungen an Kreditinstitute (Pos. 3), welche um ÖS 245,438 Mio auf

ÖS 1.883,336 Mio stiegen, nehmen die zweite Stelle mit 18,7 % der Bilanzsumme ein. Dieser Anstieg ist auf neue Kredite an Banken und die durch Wertpapiere verbrieften Forderungen an Banken unter Zugrundelegung von OTC Optionen zurückzuführen.

In Anbetracht des inaktiven Marktes wurde die Position Aktien (Pos. 6) beinahe um die Hälfte auf ÖS 377,416 Mio reduziert, wovon ÖS 326,998 Mio auf österreichische Aktien entfallen.

Sonstige Vermögensgegenstände (Pos. 11) umfassen vor allem Aktiva aus Handelsgeschäften (ÖS 39,9 Mio), Optionen und Swaps.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitutionen (Pos. 1) erhöhten sich um 37,4 % auf ÖS 5.224,831 Mio, womit diese Position 51,8 % der Bilanzsumme ausmacht, während die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 48,8 % auf ÖS 2,590.006 Mio stiegen und somit mit 25,7 % die zweite Stelle der Bilanzsumme einnehmen, welche während des Jahres großen Schwankungen auf Grund unterschiedlicher Erfordernisse der Kunden unterworfen war.

Bei den Verbrieften Verbindlichkeiten (Pos. 3) war ein beträchtlicher Anstieg zu verzeichnen, wobei Eigenemissionen von Wandelanleihen mit Tilgungswahlrecht des Emittenten für österreichische Aktien von ÖS 416,2 Mio auf ÖS 67,4 Mio sanken, während in Deutschland ein zusätzliches Emissionsvolumen von ÖS 707,7 Mio plazierte wurde.

Den Großteil der Sonstigen Verbindlichkeiten (Pos. 4), welche sich als Folge eines inaktiven Marktes mit unzureichender Liquidität in Österreich um ÖS 64,9 Mio auf ÖS 202,3 Mio reduzierten, stellen die Optionen dar.

Durch die Abfindung von Pensionsverträgen (ÖS 52,7 Mio) und des Rückgangs der Gegengeschäftsprovisionen verringerten sich die Rückstellungen (Pos. 6) um ÖS 82,5 Mio.

Obwohl sich die Eigenmittel gemäß § 23 Abs. 14 BWG auf ÖS 896,3 Mio belaufen und somit die gesetzlichen Anforderungen um ÖS 387,7 Mio übersteigen, ist diese Kapitalausstattung notwendig, um den Bedürfnissen einer spezifischen Klientel unter Einhaltung der gesetzlichen Kreditlimite entsprechen zu können.

Die gesamten Eigenmittel der Bank erhöhten sich um ÖS 12,7 Mio und betragen ÖS 908,8 Mio und somit 9 % der Bilanzsumme.

Die Tatsache, dass die Erträge der Bank von sehr volatilen Märkten stammen, lassen eine langfristige und seriöse Prognose kaum zu. Durch die Änderung in der Aktionärsstruktur, vor allem durch die Auswirkungen einer 80 %igen österreichischen Eigentümerschaft werden sich Auswirkungen auf die Risiko- und Limitstruktur ergeben. Eine erfolgreiche Zusammenarbeit könnte neuen Geschäftsmöglichkeiten eröffnen, welche bisher nicht wahrgenommen werden konnten.

ERGEBNISVERWENDUNG 2000

Das in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Betriebsergebnis beläuft sich auf ÖS 186,307.726,40. Nach Abschreibung von Krediten in Höhe von ÖS 33,093.537,62 und Wertberichtigung von Wertpapieren von ÖS 10,005.069,41, und Abschreibung der Beteiligung an Centrotrade Minerals & Metals Inc., New York, von ÖS 104,325.001,00 und einer Rückstellung für Verluste der Centrotrade Minerals & Metals Inc., New York, von ÖS 48,214.234,00 sowie Erträgen aus der Verwendung von Rückstellungen für Centrotrade Minerals & Metals Inc., New York, von ÖS 54,515.000,00 (ex 1999) und Abschreibung der Beteiligung an Centrotrade Singapore Pte. Ltd., Singapur, von ÖS 20,000.000,00 und einer Rückstellung für einen Gesellschafterzuschuss an die Centrotrade Singapore Pte. Ltd., Singapur, von ÖS 8,908.452,00 zeigt das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit einen Gewinn von ÖS 16,276.432,37. Nach Steuern von ÖS 3,544.269,68 und der Dotierung der Haftrücklage gemäß § 23 Abs 6 BWG in Höhe von ÖS 11,727.000,00 schließt das Geschäftsjahr mit einem Jahresgewinn von ÖS 1,005.162,69. Unter Einbeziehung des Gewinnvortrages von ÖS 6,586.070,27 ergibt sich ein Bilanzgewinn von ÖS 7,591.232,96.

Der Vorstand stellt den Antrag, diesen Gewinn von ÖS 7,591.232,96 auf neue Rechnung vorzutragen.



Auditor's Report

Bestätigungsvermerk

Bei dem vorstehenden Jahresabschluss zum 31.12.2000 der Centro Internationale Handelsbank AG, Wien handelt es sich um die entsprechend § 277 Abs. 1 HGB für Offenlegungszwecke verkürzte Fassung. Zu dem vollständigen Jahresabschluss und dem Lagebericht wurde der folgende uneingeschränkte Bestätigungsvermerk gemäß § 274 Abs. 1 HGB erteilt.

"Die Buchführung und der Jahresabschluss entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss."

Wien, am 04. April 2001

**KPMG AUSTRIA
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGS-GESELLSCHAFT MBH**

Mag. Wilhelm Kovsca ppa Mag. Kurt Eder
Beeidete Wirtschaftsprüfer und Steuerberater



Bilanz zum 31. Dezember 2000

Aktiva:

	31.12.2000		31.12.1999	
	ATS	ATS	TATS	TATS
1. Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken		255.041.846,91		16.942
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind		1.214.615.030,38		794.696
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig	217.662.262,95		127.918	
b) sonstige Forderungen	<u>1.665.673.360,32</u>	1.883.335.623,27	<u>1.509.980</u>	1.637.898
4. Forderungen an Kunden		5.453.889.350,26		3.343.506
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) von öffentlichen Emittenten	41.431.829,71		0	
b) von anderen Emittenten	<u>102.788.067,84</u>	144.219.897,55	<u>133.280</u>	133.280
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		377.415.778,77		716.974
7. Beteiligungen		71.112.793,00		71.113
8. Anteile an verbundenen Unternehmen		243.121.988,53		259.671
9. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens		4.938.674,00		5.272
10. Sachanlagen		66.311.817,00		69.131
darunter: Grundstücke und Bauten, die vom Kreditinstitut im Rahmen seiner eigenen Tätigkeit genutzt werden				
S 32.718.687,00 (Vorjahr: TS 33.857)				
11. Sonstige Vermögensgegenstände				
a) Aktiva aus Handelsgeschäften	39.894.319,18		25.231	
b) andere Vermögensgegenstände	<u>316.759.003,82</u>	356.653.323,00	<u>389.439</u>	414.670
12. Rechnungsabgrenzungsposten		8.565.383,87		11.316
		<u>10.079.221.506,54</u>		<u>7.474.469</u>

Passiva:

	31.12.2000		31.12.1999	
	ATS	ATS	TATS	TATS
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig	633.010.073,76		501.292	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>4.591.821.111,50</u>	5.224.831.185,26	<u>3.301.842</u>	3.803.134
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (sonstige)				
a) täglich fällig	1.899.321.329,88		740.375	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>690.684.895,98</u>	2.590.006.225,86	<u>999.699</u>	1.740.074
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen	67.426.010,23		416.261	
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	<u>718.151.447,48</u>	785.577.457,71	<u>10.413</u>	426.674
4. Sonstige Verbindlichkeiten				
a) Passiva aus Handelsgeschäften	885.732,14		2.712	
b) andere Verbindlichkeiten	<u>410.045.332,11</u>	410.931.064,25	<u>372.964</u>	375.676
5. Rechnungsabgrenzungsposten		22.179.119,61		13.416
6. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Abfertigungen	23.703.000,00		21.471	
b) Rückstellungen für Pensionen	0,00		52.681	
c) Steuerrückstellungen	1.958.190,00		2.412	
d) sonstige	<u>111.226.030,89</u>	136.887.220,89	<u>142.854</u>	219.418
7. Gezeichnetes Kapital		655.000.000,00		655.000
8. Gebundene Kapitalrücklage		91.500.000,00		91.500
9. Gewinnrücklagen				
gesetzliche Rücklage		14.186.000,00		14.186
10. Haftrücklage gemäß § 23 Abs 6 BWG		140.532.000,00		128.805
11. Bilanzgewinn		<u>7.591.232,96</u>		<u>6.586</u>
		<u>10.079.221.506,54</u>		<u>7.474.469</u>

Posten unter der Bilanz

1. Auslandsaktiva	7.056.613.972,14	4.825.396
-------------------	------------------	-----------

Posten unter der Bilanz

1. Eventualverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten	608.789.857,15	1.034.473
2. Kreditrisiken	743.969.236,77	980.013
3. Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften	97.576.000,00	97.576
4. Anrechenbare Eigenmittel gemäß § 23 Abs 14 BWG darunter: Eigenmittel gemäß § 23 Abs 14 Z 7 BWG S 0,00 (vorjahr: TS 0)	896.279.000,00	868.190
5. Erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs 1 BWG darunter: erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs1 Z1 und 4 BWG S 407.194.000,00 (Vorjahr TS 342.766)	508.614.000,00	412.030
6. Auslandspassiva	6.216.941.979,61	4.274.451



Gewinn und Verlustrechnung für das Jahr 2000

	2000		1999	
	ATS	ATS	TATS	TATS
1. Zinsen und ähnliche Erträge		493.346.895,93		254.033
darunter: aus festverzinslichen Wertpapieren	98.751.249,94		44.043	
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-419.993.912,89		-209.711
I. NETTOZINSERTRAG		73.352.983,04		44.322
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen		90.946.291,55		30.257
a) Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren	23.429.291,55		24.987	
b) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	12.852.000,00		0	
c) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	<u>54.665.000,00</u>		<u>5.270</u>	
4. Provisionserträge		34.163.802,03		51.889
5. Provisionsaufwendungen		-26.437.747,75		-31.111
6. Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften		150.461.527,80		117.280
7. Sonstige betriebliche Erträge		59.824.268,30		50.249
a) Erträge/Aufwendungen aus dem Handelsgeschäft	42.240.825,70		40.171	
b) Andere betriebliche Erträge	<u>17.583.442,60</u>		<u>10.078</u>	
II. BETRIEBSERTRÄGE		382.311.124,97		262.886
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		-178.801.015,20		-145.266
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	-96.261.144,89		-79.327	
bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-18.953.973,76		-17.159	
cc) sonstiger Sozialaufwand	-2.955.514,33		-2.894	
dd) Aufwendungen für Altersversorgung	-13.277.494,00		-740	
ee) Dotierung der Pensionsrückstellung	0,00		-5.890	
ff) Dotierung der Abfertigungsrückstellung	<u>-2.232.000,00</u>		<u>-671</u>	
	-133.680.126,98		-106.681	
b) sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	<u>-45.120.888,22</u>		<u>-38.585</u>	
9. Wertberichtigungen auf die		-15.627.296,59		-15.485

im Aktivposten 9 enthaltenen
Vermögensgegenstände

10. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-1.575.086,59	-1.021
III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN		-196.003.398,57	-161.772
IV. BETRIEBSERGEBNIS		186.307.726,40	101.114
11. Wertberichtigungen auf Forderungen		-43.098.607,34	-21.789
12. Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen		0,00	10.935
13. Aufwendungen aus der Bewertung von Anteilen an verbundenen Unternehmen		-126.932.687,00	-80.100
14. Erträge aus der Bewertung und Veräußerung von Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00	5.500
V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT		16.276.432,37	15.660
15. Steuern vom Einkommen und Ertrag		778.726,27	-2.676
a) Steueraufwand	-613.783,73		-2.676
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	<u>1.392.510,00</u>		<u>0</u>
16. Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 15 auszuweisen		-4.322.995,95	-2.524
VI. JAHRESFEHLBETRAG/ JAHRESÜBERSCHUSS		12.732.162,69	10.460
17. Rücklagenbewegung		-11.727.000,00	-7.362
darunter: Dotierung der Haftrücklage gemäß § 23 Abs 6 BWG	-11.727.000,00		-7.362
VII. JAHRESGEWINN		1.005.162,69	3.098
18. Gewinnvortrag		6.586.070,27	3.488
VIII. BILANZGEWINN		<u>7.591.232,96</u>	<u>6.586</u>

Gewinn und Verlustrechnung für das Jahr 1999

	1999 ATS	ATS	1998 TATS	TATS
1. Zinsen und ähnliche Erträge		254.033.103,91		328.603
darunter: aus festverzinslichen Wertpapieren	44.042.778,48		34.201	
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-209.710.521,94		-296.425
I. NETTOZINSERTRAG		44.322.581,97		32.178
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen		30.257.447,61		45.026
a) Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren	24.987.447,61		33.142	
b) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	<u>5.270.000,00</u>		<u>11.884</u>	
4. Provisionserträge		51.889.240,04		49.413
5. Provisionsaufwendungen		-31.111.202,36		-39.093
6. Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften		117.279.894,80		112.076
7. Sonstige betriebliche Erträge		50.248.581,02		45.664
a) Erträge/Aufwendungen aus dem Handelsgeschäft	40.170.839,63		39.050	
b) Andere betriebliche Erträge	<u>10.077.741,39</u>		<u>6.614</u>	
II. BETRIEBSERTRÄGE		262.886.543,08		245.264
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	-79.326.788,26		-72.747	
bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-17.158.920,58		-14.820	
cc) sonstiger Sozialaufwand	-2.894.074,48		-2.800	
dd) Aufwendungen für Altersversorgung	-739.784,25		-756	
ee) Dotierung der Pensionsrückstellung	-5.890.000,00		8.261	
ff) Dotierung der Abfertigungsrückstellung	<u>-671.000,00</u>		<u>-2.267</u>	
	-106.680.567,57		-101.651	
b) sonstige Verwaltungsaufwendungen(Sachaufwand)	<u>-38.585.300,97</u>	-145.265.868,54	<u>-39.376</u>	-141.027



Jahresabschluss zum 31. Dezember 2000

Anhang

A. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss 2000 wurde nach den Vorschriften des HGB unter Berücksichtigung der branchenspezifischen Vorschriften des BWG erstellt. Die Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erfolgte nach den in Anlage 2 zu § 43 BWG enthaltenen Formblättern, wobei das Gliederungsschema zur Darstellung der für die Centrobank spezifischen Handelsgeschäfte durch entsprechende Unterposten erweitert wurde.

Änderungen in den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden nicht vorgenommen.

Umrechnung von Währungsposten

Die Währungen der an der Europäischen Währungsunion teilnehmenden Länder wurden gemäß 1. Euro-Justizbegleitgesetz mit dem vom Rat der EU am 31.12.1998 unwiderruflich festgelegten Kursen bewertet.

Die Währungen der nicht am EURO teilnehmenden Länder wurden zu den Devisen-Mittelkursen des Bilanzstichtages umgerechnet, Valutenbestände zu den Valuten-Mittelkursen des Bilanzstichtages.

Devisentermingeschäfte in Fremdwährungen wurden mit den Terminkursen bewertet.

Alle aus der Währungsumrechnung resultierenden Kursdifferenzen werden erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Sind Aktiv- oder Passivposten in Fremdwährungen durch Devisentermingeschäfte kursgesichert (Swaps), erfolgte die Umrechnung auf die Devisen-Mittelkurse erfolgsneutral. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Kassa- und dem Terminkurs (Report oder Deport) wird zeitanteilig über die Laufzeit des Swaps als Zinsenertrag oder -aufwand abgegrenzt.

Bewertung von Wertpapieren

Die dauernd dem Geschäftsbetrieb dienenden festverzinslichen Wertpapiere wurden dem Anlagevermögen zugerechnet und zum Rückzahlungsbetrag bzw. zu niedrigeren Buchwerten bilanziert.

Die dem Handel und sonstigem Umlaufvermögen gewidmeten Aktienbestände und festverzinsliche Wertpapiere wurden mit den Börsenkursen des Bilanzstichtages oder mit von anderen Kreditinstituten bekannt gegebenen Kurstaxen bewertet.

Bewertung von Optionen und Futures

Die zu Handelszwecken im Bestand gehaltenen börsennotierten Wertpapieroptionen, Optionen auf Wertpapierindices und Futures wurden mit den Börsenkursen vom 29. Dezember 2000 bewertet. Die Bewertung von OTC-Optionen erfolgte zu synthetischen Marktpreisen, errechnet nach dem Black-Scholes-Modell für europäische Optionen bzw. nach dem Binomialsystem für amerikanische Optionen.

Risikopositionen

Für erkennbare Risiken bei Kreditnehmern wurden Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen gebildet.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wurden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bewertet, sofern nicht dauerhafte Wertminderungen eine außerplanmäßige Abschreibung erforderlich machten.

Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und des Sachanlagevermögens (Grundstück und Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung) erfolgte zu Anschaffungskosten abzüglich der planmäßigen, linearen Abschreibungen. Die Abschreibungssätze betragen bei immateriellen Vermögensgegenständen 33,3% p.a., bei den unbeweglichen Anlagen 2,5 % und 10 % p.a., bei beweglichen Anlagegegenständen 10 % bis 20 % p.a.

Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft

Die Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft wurden mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Verbriefte Verbindlichkeiten (Cash-or-Share Bonds)

Der bilanzierte Wert der verbrieften Verbindlichkeiten wurde unter Berücksichtigung des Wertes der darin enthaltenen Optionskomponente ermittelt.

Gegengeschäftsverpflichtungen

Vereinnahmte Provisionen für die Übernahme von Gegengeschäftsverpflichtungen wurden passiviert; sie werden nach Maßgabe der Erfüllung der Gegengeschäftsverpflichtung erfolgswirksam verrechnet.

Rückstellungen für Abfertigungen

Für gesetzliche und vertragliche Abfertigungsansprüche wurden Rückstellungen gebildet; die Rückstellungen für Abfertigungen betragen 50 % bzw. für Mitarbeiter über 50 Jahre 60% der fiktiven Abfertigungsansprüche am Bilanzstichtag. Die nach finanzmathematischen Grundsätzen unter Zugrundelegung eines Rechnungszinssatzes von 6 % sowie eines Pensionseintrittsalters von 56,5 Jahren bei Frauen und von 61,5 Jahren bei Männern durchgeführte Berechnung ergab ein Deckungskapital in Höhe von 57,58% (1999: 62,92%) der fiktiven Abfertigungsverpflichtungen. Die in der Bilanz ausgewiesene Rückstellung ist demnach um TATS 1.235 oder 5,0% niedriger als das finanzmathematisch berechnete Rückstellungserfordernis. Die Unterdeckung lag somit innerhalb des Toleranzbereiches gemäß Fachgutachten der Kammer der Wirtschaftstreuhänder.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen wurden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Sie berücksichtigen erkennbare Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehende Verpflichtungen.

Zinssicherungsgeschäfte

Für nicht realisierte Verluste aus Interest Rate Swaps und Forward Rate Agreements werden erforderlichenfalls Rückstellungen gebildet.

B. ERLÄUTERUNGEN ZU BILANZPOSTEN

I. Forderungen

I.1. Fristigkeitengliederung der nicht täglich fälligen Forderungen nach ihrer Restlaufzeit

Beträge in TATS zum 31.12.2000	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	Summe
Schuldtitel öffentlicher Stellen	111.806	0	154.914	947.895	1.214.615
Forderungen an Kreditinstitute	638.962	290.089	736.622	0	1.665.673
Forderungen an Kunden	632.942	1.295.492	1.013.760	562.557	3.504.751
Schuldverschreibungen	2.886	40.757	85.577	15.000	144.220
Handelsforderungen	0	39.894	0	0	39.894
	1.386.596	1.666.232	1.990.873	1.525.452	6.569.153

Vergleichsziffern zum 31.12.1999

Beträge in TATS zum 31.12.1999	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	Summe
Schuldtitel öffentlicher Stellen	18.515	88.802	255.134	432.246	794.696
Forderungen an Kreditinstitute	926.591	216.595	366.795	0	1.509.981
Forderungen an Kunden	139.935	603.003	1.080.457	604.165	2.427.560
Schuldverschreibungen	20.911	28.971	68.398	15.000	133.280
Handelsforderungen	0	25.231	0	0	25.231
	1.105.952	962.602	1.770.784	1.051.410	4.890.748

II. Wertpapiere

II.1. Angaben gemäß § 64 Abs 1 Z 10 und Z11 BWG:

Beträge in TATS zum 31.12.2000	nicht börsennotiert	börsennotiert	bewertet wie Anlagevermögen	andere Bewertung	Summe
Schuldtitle öffentlicher Stellen, A2		1.214.615	423.760	790.855	1.214.615
Forderungen an Kreditinstitute, A3	716.312			716.312	716.312
Forderungen an Kunden, A4	246.372			246.372	246.372
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, A5		144.220	72.521	71.699	144.220
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, A6	854	376.562		377.416	377.416
Beteiligungen, A7	71.113		71.133		71.113
Anteile an verbundenen Unternehmen, A8	243.122		243.122		243.122

Die dem Anlagevermögen zugerechneten festverzinslichen Wertpapiere dienen im wesentlichen der Liquiditätshaltung und als Sicherheiten für Wertpapiergeschäfte.

Bei den zum Tageswert bewerteten Wertpapieren des Handelsbestandes lag der Tageswert um TATS 10.577 über den Anschaffungskosten.

Die Bilanzpositionen A 2, A 3, A 4 und A 5 enthalten Wertpapiere in einem Gesamtbetrag von TATS 648.846 (1999: TATS 95.934), die **2001 fällig** werden.

III. Sonstige Vermögensgegenstände

In der Position "A 11 Sonstige Vermögensgegenstände" in Höhe von TATS 356.653 (1999: TATS 414.670) sind neben Aktiva aus dem Handelsgeschäft mit TATS 39.894 und zum Marktpreis bewerteten Aktiva aus dem Handel mit derivativen Finanzmarktinstrumenten von TATS 78.882 (1999: TATS 128.892) und anderen Posten Erträge in Höhe von TATS 73.059 (1999: TATS 12.290) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

IV. Verbindlichkeiten

IV.1. Fristigkeitengleiderung der nicht täglich fälligen Verbindlichkeiten nach ihrer Restlaufzeit

Beträge in TATS zum 31.12.2000	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	Summe
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.061.383	127.999	402.439		4.591.821
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	575.926	93.505	13.331	7.923	690.685
Verbriefte Verbindlichkeiten	75.660	352.412	357.505	0	785.577
Verbindlichkeiten aus Handelstätigkeit	0	886	0	0	886
	4.712.969	574.802	773.275	7.923	6.068.969

Vergleichsziffern zum 31.12.1999

Beträge in TATS zum 31.12.1999	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	Summe
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.426.979	544.027	330.836	0	3.301.842
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	974.249	2.113	12.104	11.233	999.699
Verbriefte Verbindlichkeiten	131.231	9.435	286.008	0	426.674
Verbindlichkeiten aus Handelstätigkeit	0	2.712	0	0	2.712
	3.532.459	558.287	628.948	11.233	4.730.927

IV.2. Verbriefte Verbindlichkeiten

In der Position P 3 sind begebene Schuldverschreibungen im Gesamtwert von TATS 428.072 (1999: TATS 140.666) enthalten, die 2001 fällig werden.

IV.3. Sonstige Verbindlichkeiten

In der Position P 4 "Sonstige Verbindlichkeiten" sind Positionen aus dem Handelsgeschäft mit TATS 886 sowie zu Marktpreisen bewertete Verbindlichkeiten und vereinnahmte Prämien aus dem Handel mit Wertpapieren und derivativen Finanzmarktinstrumenten von TATS 202.330 enthalten (1999: TATS 267.312).

V. Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen

	Beträge in TATS	
	31.12.00	31.12.99
Bilanzierte Rückstellung (Pensionsanwartschaften)	0	52.681

VI. Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen

Der Mietaufwand betrug im Berichtszeitraum TATS 759 (1999: TATS 424). Für das Geschäftsjahr 2001 erwarten wir einen Mietaufwand in Höhe von TATS 945, für die Geschäftsjahre 2001-2005 einen Mietaufwand in Höhe von TATS 5.200.

VI. Ergänzende Angaben

Aktiva und Passiva in fremden Währungen

In der Bilanzsumme sind folgende Beträge enthalten, die auf fremde Währungen lauten, wobei der Schillinggegenwert der Nicht-EURO-Währungen angegeben ist.

	Beträge in TATS 31.12.2000	31.12.1999
Aktiva	4.313.469	2.760.235
Passiva	4.375.183	2.744.176

Noch nicht abgewickelte Termingeschäfte

Zum Bilanzstichtag waren folgende Termingeschäfte noch nicht abgewickelt:

		Beträge in TATS 31.12.2000	31.12.1999
Kaufkontrakte			
	Zinsswaps (mit einer Währung)	0	32.909
	Zinstermingeschäfte (FRA)	798.570	0
	Zinsterminkontrakte	0	50.155
	Zinssatzoptionen	0	977.002
	Währungs- und Zinsswaps mit mehreren Währungen (Geldmarktswaps)	118.025	24.329
	Devisentermingeschäfte	185.909	600.712
	Index- Terminkontrakte	269.559	123.219
	Optionen auf Substanzwerte und Wertpapierindex Optionen	1.193.081	1.565.543
Verkaufskontrakte			
	Zinsswaps (mit einer Währung)	0	32.909
	Zinsterminkontrakte	0	26.783
	Zinsoptionen	0	73.618
	Währungs- und Zinsswaps mit mehreren Währungen (Geldmarktswaps)	119.747	24.328
	Devisentermingeschäfte	188.422	601.098
	Index- Terminkontrakte	147.761	162.794
	Optionen auf Substanzwerte und Wertpapierindex Optionen	1.502.471	2.457.005

Wertpapier-Handelsbuch

Die Bank verfügt über ein Wertpapier-Handelsbuch im Sinne des § 22 b BWG. Zum Bilanzstichtag beläuft sich das handelsmäßige Volumen zu Marktpreisen (Aktienderivate mit Deltawerten) bewertet auf.

	Beträge in TATS	
	zum 31.12.2000	zum 31.12.1999
Anleihen	826.390	297.554
Aktien	284.670	616.177
Börsennotierte Optionen	-226.420	41.954
Optionsscheine	-247.085	-351.895
OTC Optionen	-107.529	-179.887
Aktienfutures	124.311	-38.401
Bondfutures	0	23.501
Cash-or-Share	-27.270	-245.511
Devisentermingeschäfte	2.513	386
	629.580	163.818

C. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWEINN- UND VERLUSTRECHNUNG

I. Der in den "sonstigen betrieblichen Erträgen" ausgewiesene Ertragssaldo aus dem Handelsgeschäft in Höhe von TATS 42.241 (1999: TATS 40.171) resultiert im wesentlichen aus der Erfüllung von Gegengeschäftsverpflichtungen Dritter gegenüber Malaysia, Thailand und den Indonesien

D. SONSTIGE ANGABEN

Eventualverbindlichkeiten

Die unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Garantien in einem Gesamtbetrag von TATS 608.790 (1999: TATS 1.034.473) setzen sich wie folgt zusammen:

	Beträge in TATS	
	31.12.00	31.12.99
Akkreditive	196.177	278.810
Garantien	412.613	755.663
<i>davon für Tochtergesellschaften</i>	<i>406.751</i>	<i>459.471</i>
	608.790	1.034.473

Unter der Bilanz angemerkte Kreditrisiken

Die unter der Bilanz angemerkten Kreditrisiken im Betrag von TATS 743.969 (1999: TATS 980.013) betreffen zur Gänze unwiderrufliche Kreditzusagen und Kreditrahmen.

Sonstige vertragliche Haftungsverhältnisse

Die nachfolgend angeführten Aktiven wurden als Sicherheit für Verpflichtungen gestellt:

Position A 3 Forderungen an Kreditinstitute

TATS 221.821
(1999: TATS 205.685) als Sicherstellung für Ausleihungen Dritter an Tochtergesellschaften

Positionen A 2, A4 und A 5 Festverzinsliche Wertpapiere

TATS 465.314
(1999: TATS 542.291) Sicherstellungsdepots bei Kreditinstituten für das Wertpapier- und Optionsgeschäft

Positionen A 4 Forderungen an Kunden

TATS 366.538
(1998: TATS 367.635) als Sicherstellung für Verbindlichkeiten aus der Refinanzierung von Exportkrediten bei der Oesterreichische Kontrollbank AG (Position P 1 b Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten)

Zahl der Arbeitnehmer

	2000		1999	
	am 31.12.	im Jahresdurchschnitt	am 31.12.	im Jahresdurchschnitt
Angestellte (einschließlich Vorstand)	92	88	92	90
<i>davon Teilzeit</i>	0	0	1	1
Arbeiter	4	4	3	3
<i>davon Teilzeit</i>	1	1	1	1
Lehrlinge	0	1	1	1
Gesamt	96	93	96	94

Vorschüsse und Kredite an Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat

Zum Bilanzstichtag waren an Vorstandsmitglieder Vorschüsse und Kredite in Höhe von ATS 906.645,-- (1999 ATS 0) vergeben. Die Rückzahlungen betragen im Berichtszeitraum ATS 753.803,-- (1999: ATS 150.854,--).

An Mitglieder des Aufsichtsrates waren weder Vorschüsse noch Kredite oder Garantien erteilt.

Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen

a) An Pensionsabfindungen und Abfertigungen an Vorstandsmitglieder wurden ATS 70.801.0000,-- ausbezahlt, die mit dem unter b) aufgeführten Betrag im Jahr 2000 erfolgswirksam waren.

b) Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen (inklusive Pensionskassenbeiträge und Dotation von Abfertigungsrückstellung) beliefen sich für Vorstandsmitglieder auf ATS 18.943.941,-- (1999: ATS 5.033.327,--), für andere Arbeitnehmer auf ATS 2.327.061,-- (1999: ATS 3.698.206,--).

Bezüge für Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates

Die Bezüge des Vorstandesmitglieder (davon ein Mitglied nur ein halbes Jahr tätig) betragen im Jahr 2000 ATS 20.491.018,-- (1999: ATS 12.464.960,-- für 3 Vorstandsmitglieder). An Sitzungsgeldern wurden den Mitgliedern des Aufsichtsrates und Kreditkomitees 2000 ATS 1.105.727,-- (1999: ATS 1.002.724,--) ausbezahlt.

Mitglieder des Vorstandes, des Aufsichtsrates sowie Staatskommissäre

Vorstand

Vorsitzender:
Dr. Gerhard VOGT

Mitglieder:
Dkfm. Christian SPERK
Mag. Jerzy PLUSA (bis 30. Juni 2000)
Dr. Eva MARCHART (seit 1. Dezember 2000)
Mag. Alfred Michael SPISS (seit 1. Dezember 2000)

Stellvertretende Mitglieder:
Dr. Eva MARCHART (bis 30. November 2000)
Mag. Alfred Michael SPISS (bis 30. November 2000)

Aufsichtsrat

Vorsitzender:
Hr. Robert T. FOX, London

Stv. Vorsitzende:
Hr. KR Dr. Herbert STEPIC, Generaldirektor-Stellver., Raiffeisen Zentralbank Österreich AG, Wien
Dr. Andrzej OLECHOWSKI, Non-Executive Chairman, Bank Handlowy w Warszawie S.A., Warschau (bis 10. Mai 2000)
Hr. Jerzy SUCHNICKI, Direktor, Bank Handlowy w Warszawie S.A., Warschau (seit 10. Mai 2000)

Mitglieder:

Hr. Richard J. GARVEY, Direktor, Kleinwort Benson Group PLC, London (bis 10. Mai 2000)
Hr. Malcom F. WILLIAMS, Chief Operating Officer, Kleinwort Benson Ltd. London (seit 10. Mai 2000)
Hr. KR Helfried MAREK, Vorstandsmitglied, Raiffeisen Zentralbank Österreich AG, Wien
Hr. Jerzy SUCHNICKI, Direktor, Bank Handlowy w Warszawie S.A., Warschau (bis 10. Mai 2000)
Hr. James L. POPE, Präsident, Philadelphia International Investment Corporation, Philadelphia
Hr. Jerzy PLUSA, Wien (seit 1. Juli 2000)

Staatskommissäre

Dr. Peter BRAUMÜLLER, Gruppenleiter
Mag. Gerhard RICHTER, Ministerialrat (bis 31. August 2000)
Dr. Otto PLÜCKHAHN, Ministerialrat (seit 1. November 2000)

Wien, im April 2001

Der Vorstand

Dr. Gerhard Vogt (Vorsitzender)	Dkfm. Christian Sperk	Dr. Eva Marchart	Mag. Alfred Michael Spiss
---------------------------------------	--------------------------	---------------------	------------------------------



Aktueller Geschäftsbericht / Anlagenspiegel zum 31.12.2000

	Anschaffungskosten			Stand 31.12.2000	Abschreibungen		Bilanzwert		Abschreibung des
	Stand	Zugang	Abgang		kumuliert	31.12.2000	31.12.1999	2000	
	1.1.2000								
	ATS	ATS	ATS	ATS	ATS	ATS	ATS	ATS	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände									
Software-Lizenzen	6.425.850,45	1.903.002,76	0,00	8.328.853,21	3.390.179,21	4.938.674,00	5.271.655,00	2.235.983,76	
I. Sachanlagen									
1. Grundstücke und Bauten, die vom Kreditinstitut im Rahmen seiner eigenen Tätigkeit genutzt werden. (davon Grundwert: ATS 10.777.400,00)	56.327.820,62	0,00	0,00	56.327.820,62	23.609.133,62	32.718.687,00	33.857.459,00	1.138.772,00	
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	106.538.497,38	11.346.924,81	1.730.394,47	116.155.027,72	82.561.897,72	33.593.130,00	35.273.615,02	12.252.540,83	
	162.866.318,00	11.346.924,81	1.730.394,47	172.482.848,34	106.171.031,34	66.311.817,00	69.131.074,02	13.391.312,83	
II. Finanzanlagen									
1. Anteile an verbundenen Unternehmen davon Anteile an Kreditinstituten: S 0,00	422.353.594,52	107.776.393,01	0,00	530.129.987,53	287.007.999,00	243.121.988,53	259.670.596,52	124.325.001,00	
2. Beteiligungen davon Anteile an Kreditinstituten: S 0,00	71.118.792,00	0,00	0,00	71.118.792,00	5.999,00	71.112.793,00	71.112.793,00	0,00	
3. Wertpapiere des	643.699.794,00	0,00	156.442.815,00	487.256.979,00	4.303.072,00	482.953.907,00	636.398.677,00	0,00	

Anlagevermögens

1.137.172.180,52	107.776.393,01	156.442.815,00	1.088.505.758,53	291.317.070,00	797.188.688,53	967.182.066,52	124.325.001,00
<u>1.306.464.348,97</u>	<u>121.026.320,58</u>	<u>158.173.209,47</u>	<u>1.269.317.460,08</u>	<u>400.878.280,55</u>	<u>868.439.179,53</u>	<u>1.041.584.795,54</u>	<u>139.952.297,59</u>